

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 13.02.2023 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	45

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

ab 14.45 Uhr

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

ab 14.55 Uhr

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

ab 15.25 Uhr

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

bis 17.25 Uhr

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel
Frau Sabine Schunk
Herr Bernd Schwarz
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

bis 17.10 Uhr

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Frau Iris Brandt
Herr Heiko Burkhart
Herr Bernd Gehringer
Frau Konstancja Gries
Herr Uwe Hauser
Herr Robin Juretic
Frau Annette Legleitner
Frau Talea Meenken
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Rolf Schlicher
Frau Diana Woll

Zur Sitzung hinzugezogen

Frau Lisa Rothe

ENERGIEAGENTUR RHEINLAND-PFALZ
GMBH (TOP 2)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende bittet um Ergänzung des neuen Tagesordnungspunktes 6.2 "72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus – Los 02.4 – Erd- und Rohbauarbeiten Pausenhofüberdachung" und des Tagesordnungspunktes 6.3 "Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus - Los 03.7 Stahlbau Pausenhofüberdachung"

Über die Änderungswünsche beschließt der Stadtrat einstimmig.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 17.00 Uhr)
2. Beitritt der Stadtverwaltung Pirmasens zum kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz
3. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
 - 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023
 - 3.2 Forstwirtschaftsplan 2023
 - 3.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 3.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 3.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan
4. Information Special Olympics
5. Vorstellung Stadtfest-Konzept
6. Auftragsvergaben
 - 6.1 Erneuerung Aufzug Rathaus Exerzierplatz
 - 6.2 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus - Los 03.7 - Stahlbau Pausenhofüberdachung - Auftragsvergabe –
 - 6.3 Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfs- und Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens
7. Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfs- und Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens

8. Aufhebung der Wettbürosteuersatzung
9. Unterrichtung des Stadtrates nach § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie städtischen Bediensteten
10. Nachwahlen
 - 10.1 Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)
 - 10.2 Nachwahl für den Stadtrechtsausschuss / Rechtsausschuss des Jobcenters
 - 10.3 Nachwahl für den Verkehrsausschuss
 - 10.4 Nachwahl für den Sportausschuss
 - 10.5 Nachwahl für den Kulturausschuss
11. Anfragen und Informationen

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 17.00 Uhr)

Es liegen keine Anfragen vor.

**zu 2 Beitritt der Stadtverwaltung Pirmasens zum kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz
Vorlage: 1617/Dez II/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats II vom 20.01.2023.

Frau Rothe stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) den kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz vor.

Ratsmitglied Eyrisch bedankt sich für die Vorstellung seitens Frau Rothe. Weiterhin bedankt sie sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung der digitalen Zuschaltung.

Ratsmitglied Tilly erklärt, das Programm sei zu begrüßen auch wenn Pirmasens schon in diesem Thema sei. Auch er bedankt sich bei Frau Rothe und der Verwaltung. Er fügt hinzu, die Zuschaltung von externen Besuchern solle weiterhin so gehandhabt werden.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Enthaltungen einstimmig:

Die Stadtverwaltung tritt dem kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz bei und profitiert damit durch Angebote, die den teilnehmenden Kommunen als Unterstützungsleistungen für ihre Bemühungen im Bereich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung gestellt werden.

**zu 3 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
Vorlage: 1609/II/20.1/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 17.01.2023.

Er schlägt vor, eine Redezeitbegrenzung auf 15 Minuten festzulegen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Begrenzung der Redezeit auf 15 Minuten.

Der Vorsitzende verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2023 wurde am 12.12.2022 im Stadtrat eingebracht und in zwei Sitzungen des Hauptausschusses sowie im Kultur-, Jugendhilfe-, Schulträger-, und Sportausschuss ausführlich beraten. Die Ausschüsse haben dem Haushalt zugestimmt.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte am 24.01.2023 wurde über die Haushaltssatzung und die jeweiligen Ansätze des Haushaltsplanes informiert.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und allen Anlagen hat in der Zeit vom 09.01. bis 23.01.2023 zur Einsichtnahme ausgelegen. Es waren keine Rückmeldungen zu verzeichnen.

Wie Sie wissen, wurde mit dem von der Stadt Pirmasens in Kooperation mit dem Landkreis Kaiserslautern erstrittenen Urteil vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz das Land gezwungen, seinen bis dahin rechtswidrigen Kommunalen Finanzausgleich neu zu regeln. Als Folge dieser Neuregelung hat die Stadt Pirmasens rd. 18,35 Mio. Euro mehr an Schlüsselzuweisungen erhalten, was erstmals seit 30 Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt – genauer gesagt sogar zu einem leichten Überschuss von rd. 360.000 Euro – geführt hat.

Der heute zu beschließende Haushalt kann insoweit als „historisch“ bezeichnet werden. Er unterstreicht, dass es richtig war, mit Mut und Zuversicht für eine bessere Finanzausstattung zu kämpfen! Viele Jahre haben sich der Stadtvorstand und der Stadtrat für dieses Ziel eingesetzt. Es ist ein gemeinsamer Erfolg von uns allen - und von unseren Vorgängern!

Mit dieser verbesserten Lage können wir nun wieder optimistischer in die Zukunft schauen. Auch wenn noch nicht alle Probleme überwunden sind.

Mit der verbesserten Finanzausstattung dürfen wir mit deutlich geringeren Neuschulden rechnen. Und mit dem Altschuldenpaket werden wir ca. 80 Prozent unserer Schulden verlieren. Dies entlastet uns erheblich vom Risiko steigender Zinsen.

Unsere Stadt hat – trotz widriger Rahmenbedingungen – viel erreicht. Pirmasens befindet sich in einem Aufschwung. Die Stadtgesellschaft glaubt wieder an ihre Stadt, die Menschen packen mit an und helfen, die Herausforderungen zu gemeinsam zu meistern.

Sicher: Pirmasens hatte auch in den letzten Jahren Rückschläge zu verkraften. Die Flüchtlingswellen, Corona, die Energiekrise haben es uns nicht leichter gemacht. Doch auch in diesen Phasen haben wir nach vorne geschaut. Und wir sollten das auch weiterhin tun. Auch wenn es noch manche Probleme zu bewältigen gibt.

Der vorliegende Haushalt knüpft an die erfolgreiche Stadtentwicklung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte an. Diese war in Entwicklungsachsen auf die Innenstadt ausgerichtet. Jetzt sind wir im Herzen der Stadt angekommen und werden dort nun weitere Akzente setzen.

Mit der Erneuerung der südlichen Fußgängerzone und den Investitionen in die Stadtentwicklung wird Pirmasens sich für die Zukunft als wirtschaftliches, soziales und kulturelles Zentrum der Südwestpfalz rüsten.

Mit einem großen Anteil der Investitionen widmet sich Pirmasens in diesem Jahr dem Umwelt- und Klimaschutz! Ein starkes Zeichen einer positiv in die Zukunft gerichteten Stadtpolitik.

Weiterhin steckt die Stadt alle Kraft und hohe Investitionen in den Bereich Kinder, Jugend, Schulen und Bildung. Darunter fallen z. B. unsere Planungen für das neue Jugendhaus, die neue Sporthalle in der Turnstraße und die Investitionen in Kitas und Schulen. Dies ist gut angelegtes Geld für die Zukunft unserer Stadt!

Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Straßenbauprojekte dar. Hier sollen Mittel in Höhe von rd. 5,5 Mio. Euro fließen. Das Ausbauprogramm mit den wiederkehrenden Beiträgen weist eine Erfolgsbilanz von bislang 132 ausgebauten Straßen mit einem Investitionsvolumen von rd. 49,5 Mio. Euro aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

uns liegt ein Haushalt vor, der Mut macht und Pirmasens weiter voranbringen wird.

Bei aller Freude gibt es aber natürlich auch weiterhin Sorge um die finanzielle Lage der Stadt. Denn ab dem Jahr 2024 werden uns die derzeit noch fließenden Zuweisungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds fehlen. Der Haushaltsausgleich ist dadurch schon wieder stark gefährdet.

Die hohe Schuldenlast ist entstanden, weil das Land seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Pflichtaufgaben nicht ausreichend nachgekommen ist. Die Kommunen mussten im Laufe der Jahrzehnte dadurch immer höhere Liquiditätskredite anhäufen, um den laufenden Ausgabebedarf - insbesondere im Sozialbereich - zu erfüllen. Dieses Problem ist immer noch nicht ganz gelöst.

Die rheinland-pfälzischen Städte haben in der Vergangenheit überdurchschnittlich die „Ranglisten“ bei den höchsten Verschuldungen angeführt. Die Stadt Pirmasens soll bei den Liquiditätskrediten wie gesagt um ca. 283 Mio. Euro entlastet werden. Das klingt zunächst sehr viel und würde uns selbstverständlich auch von der Rückzahlungslast und den entsprechenden Zinszahlungen befreien, jedoch ist damit leider noch nicht vollständig das Grundproblem der fehlenden auskömmlichen Finanzierung gelöst.

Denn ab 2024 fehlen der Stadt jährlich 6,5 Mio!

Unser jährliches Defizit ab 2024 würde sich jedoch nicht „nur“ auf die eben aufgeführten 6,5 Mio. Euro aus dem Wegfall der KEF-Zuweisung belaufen, sondern es kämen noch jährliche Tilgungen des Bestandes der verbleibenden Liquiditätskredite sowie die Rückführung der jährlichen Defizite im Ergebnishaushalt von zusammen rd. 5 – 6 Mio. Euro hinzu. Somit würden wir ab dem kommenden Jahr sehr schnell wieder bei einem jährlichen Minus im Ergebnishaushalt von 11 bis 12 Mio. Euro landen.

Sie können es sich leicht ausrechnen: in zehn Jahren wäre damit wieder einen Schuldenstand bei den Liquiditätskrediten von 110 bis 120 Mio. Euro erreicht!

Meine Freude über den diesjährigen Haushaltsausgleich sowie über die in Aussicht stehende Entschuldung der Stadt Pirmasens ist daher noch etwas verhalten, was Sie sicher verstehen können.

Seitens des Landes muss verhindert werden, dass Städte wie Pirmasens über kurz oder lang wieder in der „Schuldenfalle“ landen.

Meine Einschätzung zum Finanzausgleich und der Altschuldenlösung:
Ohne Härtefallregelung oder zusätzliche Landesmittel ist meines Erachtens das vorgegebene Ziel des Landesfinanzausgleichsgesetzes – die spürbare Verbesserung der Einnahmenseite unter Berücksichtigung des Aufgabenbestandes – noch nicht erreicht!

Was mir im Zusammenhang mit der „Altschuldenlösung“ noch echtes Bauchweh bereitet:
Von den Städten und Gemeinden werden „erhebliche eigene Kraftanstrengungen“ zur Verbesserung der Einnahmesituation erwartet.

Diese Kraftanstrengungen hat Pirmasens schon immer und gerade in den letzten Jahren unternommen. Doch das Land versteht darunter etwas ganz Anderes wie wir. Nämlich eine radikale Anhebung der Realsteuerhebesätze.

Damit haben meine Stadtvorstandskollegen und ich jedoch erhebliche Probleme angesichts der derzeitigen Lage, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger und auch die Wirtschaft in unserer Stadt befinden. Steigende Energiekosten belasten die privaten Haushalte ebenso wie die Firmen. Und wir wissen derzeit nicht, wo die Reise hingeht.

Zu den steigenden Energiepreisen kommt aktuell auch noch eine enorm hohe Inflationsrate hinzu, wie wir sie seit vielen Jahren nicht mehr hatten. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich, wie sie ihre laufenden Kosten decken und den Lebensunterhalt finanzieren sollen.

Es ist deshalb unseres Erachtens gerade der schlechteste Zeitpunkt, eine Hebesatzerhöhung zum Ausgleich des Haushalts einzufordern. Das muss auch der Landesregierung klar sein.

Es darf doch nicht sein, dass die Mängel im Finanzausgleich des Landes auf dem Rücken der Menschen hier in Pirmasens ausgetragen werden!

Ich möchte dafür werben, dass wir weiterhin gemeinsam für unseren Standpunkt kämpfen. Wir sollten uns mutig für eine Härtefallregelung für besonders betroffenen Kommunen oder eben für mehr Landesmittel im Finanzausgleich einsetzen.

Es kann auf keinen Fall gewollt sein, dass wir nach diesem einmaligen Haushaltsausgleich in künftigen Jahren aufgrund der weiterhin mangelhaften Finanzausstattung erneut in die roten Zahlen rutschen. Meine Stadtvorstandskollegen und ich werden weiterhin im Dialog mit der Landesregierung bleiben.

In den Haushaltsberatungen wurde auch der Stellenplan ausführlich erörtert. Zusätzliche Bedarfe, die aufgrund der fehlenden Reserven nicht kompensiert werden können, bestehen in den Bereichen Kindertagesstätten, HLU/Grundsicherung, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss und Ausländeramt sowie im Schulbereich. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in gesetzlichen Vorgaben und Fallzahlensteigerungen, die bewältigt werden müssen. Die Verwaltung hat bei den genannten Bedarfen keinen Einfluss auf deren Erforderlichkeit.

Ergänzend kommt im Hinblick auf das Budget des Amtes für Jugend und Soziales noch ein weiteres Personalkostenproblem hinzu. In der Vergangenheit wurden die Personalkosten in den Kitas der freien Träger wie beispielsweise der Kirchen zu einem Teil vom Land, einem Teil von den Kommunen und einem Eigenanteil von ca. 10 % der freien Träger finanziert. Diesen Eigenanteil werden wir künftig nicht halten können. Deshalb kommen erhebliche Mehraufwendungen auf uns zu.

Weiterhin haben die kirchlichen Träger bei uns vorgetragen, dass in verschiedenen Einrichtungen wegen des neuen Kita-Gesetzes bauliche Maßnahmen notwendig werden, um den Weiterbetrieb der Kitas zu gewährleisten. Dafür seien aus dem eigenen Budget keine finanziellen Mittel mehr vorhanden. Bislang ist noch nicht absehbar, was hier auf die Stadt zukommen wird. Ggf. muss mittels eines Nachtrags nachgesteuert werden.

Die Realisierung unserer eigenen Großprojekte ist stark abhängig ist von der Zuschussgewährung. Wenn sich manche Maßnahme etwas länger hinzieht als geplant oder von vielen erwartet, so liegt es in der Regel daran, dass der Zuschussbescheid noch nicht vorliegt. Wir können erst den Startschuss für das Projekt geben, wenn die Finanzierung gesichert und die Zuschüsse zugesagt sind.

Zeitverzögerungen ziehen aufgrund der sehr guten Konjunkturlage sowie der Rahmenbedingungen aufgrund der Energiekrise und der inflationären Entwicklung leider auch meistens Preissteigerungen nach sich. Auch wir sind darüber nicht glücklich. Aufgrund der dynamischen Lage, die wir aktuell erleben, sind deshalb auch bei vorsichtiger und konservativer Planung Veränderungen nicht auszuschließen.

Trotz all dieser weiterhin bestehenden Herausforderungen symbolisiert der vorliegende Haushalt auch eine positive Veränderung und Entwicklung für unsere schöne Stadt! Pirmasens hat es wahrlich verdient, positiv in die Zukunft blicken zu können!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns nun zu Ihren Haushaltsreden kommen und anschließend zusammen über den Haushalt 2023 abstimmen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!“

Sodann verliest Ratsmitglied Eyrisch die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadtspitze,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,

In der letzten Woche bin ich bei den Vorbereitungen zur heutigen Sitzung auf einen interessanten Beitrag über die Haushaltsberatungen in Landau gestoßen.

Eine Stadträtin der Piraten hat dort nämlich eine wirklich bemerkenswerte Haushaltsrede gehalten. Nicht so sehr die Inhalte sind in diesem Zusammenhang bemerkenswert, vielmehr wie diese entstanden sind.

Die Kollegin hat einen großen Teil ihrer Rede nämlich nicht selbst verfasst – sie hat vielmehr auf KI, also Künstliche Intelligenz, zurückgegriffen. Katharina Kerbstat tat dies nicht aus fehlender Fähigkeit oder Faulheit. Sie wollte zwei Dinge nachweisen:

1. Chatbots wie die hier angewandte Software ChatGPT sind gefährlich, weil man kaum noch nachvollziehen kann, ob eine Schrift wirklich von einem realen Menschen oder von KI verfasst wurde. Und
2. Haushaltsreden sind inzwischen teilweise zu leeren Worthülsen verkommen, die selbst eine Software verfassen kann, die auf allgemeine Informationen aus dem Netz zurückgreift und diese textlich verarbeitet.

Dieser Beitrag hat mich zum Nachdenken gebracht.

Denn auch in Pirmasens zählen die Haushaltsreden schon lange nicht mehr zu den wirklich spannenden politischen Ereignissen. Sie sind in der Tat keine „Sternstunden der Demokratie“.

Die Positionen der Fraktionen sind im Vorfeld bereits klar und man munkelt, selbst die Presse sei froh, wenn diese Sitzung im Jahr endlich vorüber ist – so wenig interessant ist die Berichterstattung für die Leser.

Ich bedauere diese Entwicklung wirklich. Denn die in den Beratungen diskutierten Haushalte sind der zahlenmäßige Ausdruck der politischen Stadtentwicklungsstrategie. Im vorliegenden und zu beschließenden Werk finden sich alle zentralen Projekte und Visionen wieder, über die wir hier im Vorfeld diskutiert und die wir beschlossen haben. Der beginnende Umbau der Fußgängerzone als Kernstück unserer Stadtentwicklung, die massiven Investitionen in Schulen und Kitas und die Sanierung der alten Paketpost zum neuen Jugendhaus sind nur einige Blitzlichter.

Nun liegt es in der Natur der Sache, dass die einen für diese Strategie argumentieren, die anderen dagegen. Und so werden wir auch gleich wieder hören, dass die Maßnahmen nicht

ausreichend oder zu unkreativ sind, den falschen Schwerpunkt haben, die armen Menschen in unserer Stadt nicht berücksichtigt werden.

Aber auch hier muss man eingestehen: Im Grunde kennen sowohl wir, als auch die Presse und deren Leser das Erwartbare und so harren wir nun der Dinge und hoffen, dass auch diese sechs mal 15 Minuten vorüber gehen werden.

Ich darf diese Position als Fraktionssprecherin nun bereits ein paar Jahre ausüben und dies ist auch nicht meine erste Haushaltsrede in diesem von mir sehr geschätzten Gremium. Und wer mich kennt weiß, dass ich politische Konventionen mit festgelegten Rollen und starrem Skript wenig mag – und diese gerne auch mal über Bord werfe, wenn ich in ihnen keinen Sinn erkenne. Ich will mich daher gleich dafür entschuldigen, dass ich den klassischen Weg, in dem ich nun aufzeigen müsste, welche zukunftsweisende Projekte wir als Koalition auf den Weg gebracht haben, verlasse.

Und auch wenn mir im Nachgang vielleicht fehlende Fokussierung vorgeworfen werden wird, werde ich es trotzdem tun. Denn: welche Haushaltssitzung wäre besser dazu geeignet mit einer alten Tradition zu brechen, als die Sitzung, in der dieser – wie unser OB ihn nannte – „historische“ Haushalt verabschiedet werden soll?

Wer sich nun auf eine Abrechnung mit der Stadtspitze freut, den muss ich leider enttäuschen. Selbstverständlich stehe ich voll und ganz hinter dem Werk, das unsere gemeinsame Strategie zur Stadtentwicklung abbildet. Es geht mir um einen ganz anderen Punkt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und einen Appell an Sie alle – an uns alle – richten.

Auch wenn ich als Historiker die Maßstäbe für ein historisches Ereignis ggf. anders setze, als Markus Zwick, steht außer Frage, dass wir hier und heute über einen sehr besonderen Haushalt beraten.

Herr Mühlbauer von der Stadtkämmerei scherzte bei den Beratungen des Teilhaushalts im Schulträgerausschuss, dass dies der erste Haushalt seiner beruflichen Laufbahn sei, der kein dickes Minus am Ende aufweist. Und ohne Herrn Mühlbauer zu nahe treten zu wollen, ist er nicht gerade der klassische Berufsanfänger.

Seit Jahrzehnten arbeiten wir in der Stadt Pirmasens mit einer massiven Unterdeckung unseres städtischen Haushalts. Nicht Verschwendungssucht oder Größenwahn waren hierfür ursächlich, sondern, wir alle wissen das inzwischen zur Genüge – die mangelnde Finanzausstattung für die uns aus Berlin und Mainz übertragenen Aufgaben waren daran schuld.

Und hier zeige ich wahrlich nicht nur auf die anderen! Ich bin in erster und einziger Linie Pirmasenser Stadträtin und so interessiert es mich herzlich wenig, ob ich Parteikollegen in Berlin oder sonst wo zu Nahe trete. Die Politik in Berlin und Mainz gleich welcher politischen Couleur hat uns über Jahre und Jahrzehnte über Gebühr belastet und uns förmlich im Regen stehen lassen!

Darunter gelitten haben wir in Pirmasens in vielfältiger Art und Weise. Investitionsstau, fehlende Instandhaltungen, stark eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten. Dies alles ist Ergebnis der Mangelwirtschaft, die wir aufgrund der unzureichenden Finanzausstattung gestalten mussten.

Und nun liegt uns zum ersten Mal seit Jahrzehnten ein ausgeglichener Haushalt

zur Verabschiedung vor. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Tatsache begegnen wir heute nicht, weil das Land, das schließlich für unsere Finanzausstattung zuständig ist, plötzlich Einsicht gezeigt hat. Oder weil es uns helfen wollte. Nein, dieser Tatsache begegnen wir heute, weil wir dafür gekämpft und uns dies erstritten haben!

In aller erster Linie meine ich mit „uns“ diejenigen, die man nun wieder von mir als Fraktionsvorsitzende der CDU erwartet. Ich meine damit Dr. Bernhard Matheis, Michael Schieler, Markus Zwick, Michael Maas und Denis Clauer, die durch ihre gemeinsam mit dem Landkreis Kaiserslautern vollzogene Klage und durch ihr Engagement im Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ Druck aufgebaut und letztlich auch ein Urteilsspruch erzielt haben, der das Land nun zum Handeln zwingt.

Mit „uns“ – und das erwartet man jetzt vielleicht weniger von der Fraktionsvorsitzenden der CDU – meine ich aber auch uns alle hier im Rat und in politischer Verantwortung für diese Stadt. Auch wir haben uns alle in unserem Rahmen für eine gerechte Finanzausstattung eingesetzt.

Und hier wende ich mich ganz bewusst auch an die Parteien, die aktuell die Landesregierung stellen sowie an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Zwar hätte ich mir gerade bei den an der Landesregierung beteiligten Parteien an der ein oder anderen Stelle eine klarere, lautere und eindeutige Positionierung gewünscht, verstehe aber natürlich auch, dass eine öffentliche Kritik hier auf verschiedenen Ebenen schwierig sein kann.

Von manchen Vertretern hier im Raum war ich inhaltlich sogar regelrecht überrascht. Frau Freihold beispielsweise, die sich fachlich absolut gut in das Thema eingearbeitet hat und damals als einzige Abgeordnete aus Pirmasens wirklich klare kritische Töne in Berlin formuliert hat. Das hat mich beeindruckt.

Am Ende waren wir es alle, die – jeder an seiner Stelle – den Druck konstant an die offenbar richtigen Stellen gerichtet hat. Ich finde, und das meine und sage ich mit völliger Überzeugung, wir können alle auf diese gemeinschaftliche Kraftanstrengung stolz sein. Auch wenn die Aktionen naturgemäß nicht orchestriert waren, haben sie ihren Nutzen erreicht. Das Land musste einlenken und die Finanzausstattung verändern. Das führte zum Ergebnis dieses heute ausgeglichenen Haushalts.

Doch – und hier muss ich gehörig Wasser in den Wein schütten – unser Kampf ist noch nicht abschließend gewonnen. Denn wenn man sich die Regelungen zum neuen Finanzausgleich genau ansieht, stellt man fest, dass der heutige Ausgleich schon bald wieder der Vergangenheit angehören wird – zumindest wenn es bei den aktuellen Regelungen bleibt.

Denn wir können das Thema Kommunale Finanzausstattung nicht ohne unsere Altschuldenfrage diskutieren. Hier sind wir – durch die Unterstützung des Landes – bald auf einen Schlag 282 Millionen Euro an Schulden los. Zwar breche ich auch hier nicht in ungebremsten Jubel aus, denn die Schulden sind letztlich ja auch durch das Land und den Bund verursacht, aber man muss anerkennen: dies ist ein gewaltiger Schritt für uns!

Übrig bleiben 75 Millionen Euro Altschulden, die wir dann aus eigener Kraft auf 30 Jahre tilgen sollen. Allein für diese Schuldentilgung müssen wir in kommenden Haushalten Ausgaben in Höhe von 2,5 Millionen Euro einplanen.

Zusätzlich zu diesen Mehrkosten entfällt mit Beitritt zum aktuellen Schuldenpakt ab 2026 der Beitrag, wenn wir seit 2011 im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds bekommen

haben – das sind nochmal stolze 6,5 Millionen Euro jährlich, die heute im Haushalt drin sind, morgen dann aber fehlen werden.

Das heißt leider, dass die heutige schwarze Null eine reine Momentaufnahme ist. Bereits im nächsten Jahr rutschen wir wieder ins Minus, ab 2026 dann sogar mit mindestens 9 Millionen Euro pro Jahr. Und das ist eine rein statische Betrachtung. Hier fehlen die aktuellen Preissteigerungen, die steigenden Kosten im Sozialbereich, die Mehrkosten durch das Kita-Gesetz und so weiter. Wir können also davon ausgehen, dass der Fehlbetrag deutlich höher sein dürfte. Eine erneute strukturell bedingte Verschuldung unserer Kommune wäre damit unabänderlich – trotz Schuldenpakt und neuem Kommunalen Finanzausgleich. Der Schuldenschnitt, der nun zum Teil zu recht gefeiert wird, ist leider nicht nachhaltig.

Ich appelliere daher an uns alle: „Jetzt nicht klein begeben und bloß nicht nachlassen!“ Das gemeinsam Erreichte ist gut, reicht aber noch nicht aus, um Pirmasens dauerhaft aus der strukturellen Unterfinanzierung zu holen – ein Blick allein in den vorliegenden Sozialetat zeigt das. Es braucht weiter die gemeinsame Kraftanstrengung, um unsere Stadt finanziell auf solide Füße zu stellen und ihr eine positive Entwicklung zu ermöglichen. Dass wir das unabhängig voneinander können, haben wir schon mal bewiesen. Und darauf sollten wir uns jetzt nicht ausruhen!

Nach diesem haushaltsspezifisch ungewöhnlichen Appell möchte ich mich nun wieder in gewohnte Gefilde begeben. Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei allen, die an der Erstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben. Wir haben nun schon in einigen Gremien über das vorliegende Zahlenwerk diskutiert und sie haben sehr geduldig und auch für Laien sehr gut verständlich die verschiedenen Positionen erläutert. Dass dies sehr gut gemacht war zeigt auch, dass es in kaum einer Sitzung wirklich kritische und/oder inhaltliche Nachfragen oder Unklarheiten gab.

Auch bedanken wir uns bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung allgemein und natürlich bei unserer Stadtspitze, dass sie sich in schwierigen Zeiten, angesichts der vielen Krisen, die sich offenbar die Klinke in die Hand geben, mit vollem Einsatz und Engagement den Zukunftsthemen widmen und trotz stark limitierter Mittel immer wieder kreative Lösungen suchen, um unsere Stadt weiter nach vorne bringen.

Meine Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Vielen Dank.“

Ratsmitglied Wink verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

heute sprechen wir über die nächsten beiden Haushaltsjahre und gerade im letzten Jahr ist viel passiert. In der Welt und auf allen politischen Bühnen. Und alles betrifft, heruntergebrochen, auch unsere Stadt. Erlauben Sie mir eine Verknüpfung dieser Punkte und einen Ausblick zu wagen.

Letztes Jahr hatten wir zum einen die Zinserhöhungen der EZB. Diese waren zweifelsfrei nötig, betreffen aber auch unsere Stadt mit unseren hohem Kreditbeständen. Diesbezüglich ist hervorzuheben, dass die Stadt seit Jahren über den KEF versucht diese Bestände abzubauen und Anstrengungen an den Tag legt, welche die finanzielle Lage erleichtern sollen.

Und auch der einstimmige Beschluss des Landtages Rheinland-Pfalz (in Sachen Kommunalfinanzen historisch ☺) zur mehr als der hälftigen Übernahme der Liquiditätskredite durch das Land, wird in Pirmasens zur Entlastung beitragen.

Und ja, es ist richtig. Wir alle sind bestrebt, dass der Bund und die Solidargemeinschaft der Länder einen Weg finden, wie der Rest dieser Liquiditätskredite übernommen werden können. Hierzu bedarf es aber Verhandlungen, Anstrengungen und Kompromisse aller politischen Ebenen. Und hier stehen auch wir, als Mitglieder dieses Rates und als Vertreter der Stadt, in der Pflicht.

Gleiches forderte auch das Verfassungsgericht RLP, welches richtigerweise die Kommunen aber auch das Land zu Bestrebungen angehalten hat.

Pirmasens profitiert im nächsten Jahr von der Neuausrichtung des LFAG. Mit der neu eingeführten Bedarfsorientierung haben sich Finanzierungsströme im Sinne der Stadt entwickelt. Und dennoch wünschen auch wir, als FDP- Fraktion, dass die Evaluierung zeigt, dass diese Beträge weiter der Stadt zur Finanzierung der künftigen Projekte zufließen. Denn wir haben im Wandel der Zeit viel vor der Brust.

Lassen Sie mich ein paar Punkte nennen, welche nötig sein werden, um Pirmasens als Stadt, als Lebensmittelpunkt und als Standort zukunftssicher aufzustellen.

Um Pirmasens als Stadt voranzubringen, investiert die Stadt viel Mühen und Zeit in die Innenstadtentwicklung. Zum Beispiel reden wir hier von dreistelligen Millionensummen im Bereich der Schulentwicklung oder der nachhaltigen Entwicklung der Innenstadt.

Dies sind hervorragende Projekte, wie z.B. die Investitionen in die Aufwertung des Wohnquartiers Horeb mit der Neugestaltung des Darmstädter Platzes und die Fußgängerzone.

Auch positiv ist das Engagement im Projekt der Innenstädte der Zukunft. Der Workshop mit dem Land hat einige Ideen eingebracht. Und es steht Weiteres in der Pipeline. Experimentierräume, Künstlerprojekte oder die essbare Stadt, sind nur einige Ideen, die die Innenstadt erlebbar machen.

Aufgaben hier wird es künftig sein, dass Stadtmarketing schlagkräftiger zu gestalten, damit die Stadt und ihr Image in einem positiven Licht erscheint.

Um Pirmasens als Lebensmittelpunkt attraktiv zu halten sind gerade Investitionen im Bereich Klima notwendig. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarer moderner Energie aber auch die Neuausrichtung der Mobilität werden hier Faktoren sein.

Positiv zu erwähnen sind die Umsetzungen im Parkraumkonzept, in der Planung der Radwegekonzepte (Beim Radwegekonzept reden wir von rund 300 Maßnahmen für den Radverkehr) oder die Neuaufstellung des ÖPNV. Aber auch moderne Konzepte wie das Carsharing, spielen hier eine Rolle.

Mobilität individuell betrachtet, geplant und dennoch aus einer Hand.

Dies sind Faktoren, welche die Lebensqualität der Menschen erhöht, aber auch den Touristen dienlich ist, welche zu uns kommen.

Aufgaben und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft finden sich aber auch hier. So sind die Bestrebungen der Stadtwerke, als Tochter der Stadt, die Energieversorgung zur Klimaneutralität und Dekarbonisierung zu bewegen absolut zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang darf ich die Schlagwörter der sektorenübergreifenden Energie- und Wärmeversorgung erwähnen.

Finanzielle Investitionen werden sich hier in der Zukunft lohnen.

Erste Mittel gibt das Land mit dem neuen Haushaltstitel KIPKI. Dieser Titel gibt in der ersten Säule der Stadt rund 44 EUR pro Einwohner als Pauschalmittel. In der zweiten Säule erhalten Leuchtturmprojekte die Möglichkeit weitere Gelder zur Umsetzung zu erhalten.

Hier müssen wir der Stadtwerke und Herrn Dörr die Möglichkeiten bieten seine Ideen als Leuchtturm zu bewerben und somit Mittel zu generieren. Für Sein Engagement wollen wir auch heute ausdrücklich DANKE sagen.

Weitere Investitionen und Bestrebungen werden aber auch in Institutionen wie der VHS nötig werden.

Die Transformation wird alte Berufe ersetzen und Neue schaffen.

Moderne Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote werden wir brauchen, um die Menschen in dieser Zeit mitzunehmen. Dies bietet uns die Chance Qualifikationen und Arbeitsfähigkeiten zu steigern. Dies wiederum wird sich langfristig gesehen in unserem Sozialertrag positiv auswirken.

Aber nicht nur die Stadt und der Lebensmittelpunkt müssen attraktiv sein. Die Menschen sollen hier auch ihren Arbeitsmittelpunkt haben. Von daher müssen wir Pirmasens als Standort stärken. Positiv ist z.B. die Bildung der IKZ im Bereich Tourismus. Der Austritt der Stadt Zweibrücken und die negative Haltung des Dahner Felsenlandes machen es umso wichtiger die Schlagkräftigkeit des Tourismus und des Stadtmarketing zu erhöhen. Es ist löblich, dass die Stadt sich in Stuttgart auf der Messe zeigt und präsentiert, denn wir brauchen weiter die Nutzung von Synergien. Kleinteiliges Denken im Tourismus wird nicht nur viel Geld kosten, es wird auch wenig in die Kassen spülen.

Von daher brauchen wir ein großdenkendes Konzept und ein Stadtmarketing, welches das außerstädtische aber auch das innerstädtische Marketing lebt.

So können unsere Vorzeigeprojekte, wie unsere bekannten Stadtfeste oder Beispiele wie der Pfälzerwald Marathon, den Bürgerinnen und Bürger nahegebracht und erlebbar gemacht und eingebunden werden.

Auch zieht dies dann Menschen an, welche wir auch ein paar Tage hier binden sollten.

Erlauben Sie mir zum Schluss ein Herzensthema. In Zeiten des demographischen Wandels wird das Thema der Fachkräftegewinnung und der Fachkräftesicherung immer wichtiger.

Einen Part habe ich im Bereich der Weiterbildung schon angesprochen. Aber auch die Gewinnung von neuen Arbeits- und Fachkräften aus dem In- und Ausland wird für Pirmasens unumgänglich sein. Hier bestehen hervorragende Projekte wie das GRIPPS, NIPS oder WIPS. Ich möchte an dieser Stelle nicht nur meinen ausdrücklichen DANK aussprechen, sondern wünsche mir auch eine spürbare Aufwertung und Stärkung der Wirtschaftsförderung.

Und wir reden heute über die Wirtschaftsförderung 4.0. Diese geht über die reine Unternehmensförderung hinaus und betrachtet die Unternehmen, die Stadt sowie die Region gleichermaßen.

Für viele Maßnahmen der Wirtschaftsförderung 4.0 gibt es populäre Beispiele mit Relevanz für den unmittelbaren Arbeitsmarkt. Und ich darf ein paar Leuchttürme aufzeigen.

Repair Cafés, wie in Wien hatten und haben arbeitsmarktpolitische Effekte für das Handwerk. Gleiches gilt z.B. für die Recycling-Börse in Herford. Knapp 150 Mitarbeiter werden dort qualifiziert und beschäftigt. Aber auch Konzepte der solidarischen Landwirtschaft haben den Ruf ein Nischenthema zu sein. Sie sichert aber Arbeitsplätze, verhindert Dumpingpreise für die Landwirte und bindet die Direktvermarktung an die Region bzw. verkürzt die Wertschöpfungsketten.

Uns ist es bewusst, dass dies eine freiwillige Aufgabe ist. Aber wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, da jeder investierte Euro heute um ein Vielfaches morgen zurückfließen wird.

Es gibt sicherlich viel Diskussionsbedarf und viele weitere Punkte.

Wichtig wird es sein, solche Projekte umzusetzen und dabei möglichst viel zu investieren. Wir müssen mit den vorhandenen Mitteln den höchstmöglichen Output erzielen. Die vorhandenen Mittel können wir durch Engagement in den Förderprojekten von Land und Bund erhöhen. Hierbei müssen wir alle aber auch neue Ideen und Projekte zulassen und dürfen keine Vorurteile gegen neue Ideen aufbauen.

Dann erschaffen wir eine Stadt der Zukunft deren Attraktivität und Image die Lebensraumqualität steigert und Pirmasens als Standort befördert. Das würden wir uns wünschen."

Ratsmitglied Tilly verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

im vergangenen Jahr haben wir die meisten Sitzungen coronabedingt in der Festhalle verbracht. Mit dem städtischen Haushalt verhält es sich nicht anders als mit dem Spielplan der Festhalle. Es gibt Klassiker, die jedes Jahr aufs Neue gespielt werden, Veranstaltungen, die nicht mehr aufgelegt werden und natürlich immer wieder auch die ein oder andere Neuerung. Daher möchte ich gerne gemeinsam mit Ihnen auf den Spielplan des vergangenen Jahres zurückschauen und sehen, was die kommende Spielzeit so alles zu bieten hat.

Verschuldung

Beginnen wir mit der Finanzierung des jährlichen Spielbetriebs. Bisher war es parteiübergreifend gute Tradition zu Beginn der Haushaltsrede über die unzureichende Finanzausstattung unserer Stadt und das stetig wachsende Defizit zu klagen.

Dies ist diesmal anders. Erstmals seit über 30 Jahren hat die Stadt Pirmasens wieder einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Plus von 350.000 €. Was wir für nicht mehr möglich gehalten haben, ist tatsächlich Realität geworden. Verbunden mit dem geplanten Schuldenschnitt fallen zusätzlich Zinsen für Liquiditätskredite in Millionenhöhe weg. Schön, dass sich unsere Vertreterin in Berlin für eine Beteiligung des Bundes stark macht. Das ist wirklich eine tolle Nachricht für unsere Stadt. Endlich haben wir wieder etwas finanzielle Gestaltungsfreiheit. Jetzt gilt es noch den nächsten Schritt zu gehen und dafür zu sorgen, dass auch die laufenden Ausgaben – insbesondere im Sozialbereich – endlich auskömmlich finanziert werden. Vielleicht würde es der Stadtspitze gut zu Gesicht stehen, hier nicht immer aus Prestigegründen den Konfrontationskurs zu fahren. Auch wenn es dem Profilierungsbedürfnis des Stadtvorstands zuwider läuft sollte man den Austausch auf Augenhöhe zu suchen, um so eine endgültige, gemeinsame Lösung zu finden. Dann können wir wirklich positiv in die Zukunft schauen.

Krisen (Corona, Ukraine)

Nachdem wir die Coronakrise halbwegs hinter uns hatten und eigentlich hoffnungsfroh auf eine neue Spielzeit blicken konnten, erteilte uns mit dem Angriffskriegs Putins auf die Ukraine die nächste Hiobsbotschaft, die uns verbunden mit den Folgen Inflation und Energiekrise als gesamte Stadtgesellschaft gefordert hat. Doch wir haben zusammengehalten, den Flüchtenden schnell und unkompliziert geholfen, Hilfe für die Menschen vor Ort organisiert und für den Bereich Stadtwerke/Bauhilfe auch Pakete für die Pirmasener*innen geschnürt. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich die Stärke unserer Stadtgesellschaft, in Krisenzeiten halten wir zusammen und sorgen – über alle Parteigrenzen hinweg – für schnelle Hilfe. Daher bin ich mir sicher, dass wir auch zukünftig bevorstehende Krisen meistern und Hilfesuchende unterstützen. So werden wir auch den Menschen helfen, die jetzt von den verheerenden Erdbeben in der Türkei/Syrien betroffen sind.

Neufferpark

Im letzten Jahr stand aber auch eine echte Premiere auf dem Spielplan. Mit viel Euphorie wollte die Stadtspitze, die in die Jahre gekommene und marode Neuffervilla sanieren lassen. Zur Finanzierung dieser Kosten wollte man einen Teil des Parkes dem bekannten Investor Bernd Hummel überlassen, um dort eine Wohnanlage zu errichten. Für das Scheitern des Projektes, der Investor Hummel hat sich von dem Projekt zurückgezogen, sind allein die Fraktionen verantwortlich, die hier im Rat mühsam eine Mehrheit bilden.

Während ein Teil vollkommen euphorisch jegliche Kritik am Projekt als Beleidigung auffasste, war ein anderer Teil von Anfang an strikt dagegen, ohne sich näher mit dem Projekt zu befassen. Wir für unseren Teil haben, das ist Aufgabe einer Stadtratsfraktion, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und die damit verbundenen Fragen in einem offenen, konstruktiven Dialog mit dem Investor besprochen. Diese berechtigten Fragen wurden von Teilen der Mehrheitsfraktion ins Lächerliche gezogen und damit eigentlich auch die Bürger nicht ernst genommen. Die Stimmung war so von Beginn an vergiftet und das Projekt zum Scheitern verurteilt. Wenn man dann noch die Zuverlässigkeit der Stadtspitze bezüglich Bauzeiten sieht, kann der Ausstieg von Bernd Hummel nicht verwundern. Neuigkeiten wie es weitergehen soll: Fehlanzeige.

Schuhstadt-Center

Ein Dauerbrenner auf dem Spielplan, der sich so langsam zum Drama entwickelt, ist die beschämende Entwicklung am Kaufhallen Areal. Seit der letzten Haushaltsrede ist absolut nichts passiert, das Skript wurde nicht geändert, nur die Kulisse zeigt neben dem Bauzaun auch noch riesige Maulwurfshügel und einer der bereits fest eingeplanten Hauptdarsteller – die Kette Biomarkt – ist bereits abgesprungen.

Bei solch einer Entwicklung hätte man doch längst die Reißleine ziehen müssen. Auch der Titel des Stückes "Schuhstadt-Center" müsste geändert werden, da er Erwartungen weckt, die mit der tatsächlichen Aufführung nichts mehr zu tun haben. Ob parteipolitische Verflechtungen mit einer der Regisseurinnen da eine Rolle spielen, mag jeder selbst beurteilen. Man möchte sich fast wünschen, dass das mit heißer Nadel gestrickte Konzept des damaligen Spielleiters - eigentlich nur gedacht um vom Scheitern der Schulrochade abzulenken - umgesetzt worden wäre, dann hätte wenigstens die Stadtbücherei endlich ein angemessenes Gebäude.

Stadtbücherei

Apropos Stadtbücherei! auch dies ist ein alljährlicher Klassiker aus dem Genre Tragödie. Wie oft wurde behauptet, man sei auf einem guten Weg und habe bereits eine gute Alternative in Aussicht? --Außer diesen leeren Worthülsen kommt aber - nichts. Wie lange noch soll es mit unklaren Ankündigungen weitergehen? Es wäre Zeit für ein überzeugendes Happy End. Wie wäre es beispielsweise mit dem ehemaligen Töns-Gebäude in der Fußgängerzone, so könnte man diesen Teil endlich mit neuem Leben füllen und der Bücherei einen angemessenen Standort mit viel Laufkundschaft bieten.

Jugendhaus

Änderungen im Spielplan gab es jedoch im Überfluss beim Jugendhaus Projekt. Bereits seit über 10 Jahren wird nach einer neuen Spielstätte gesucht. Es war Konsens über die Fraktionsgrenzen hinweg, dass das Jugendhaus in der Alten Pakethalle neben der Jugendherberge - allein schon wegen der tollen Synergieeffekte - sein neues Domizil finden soll. Völlig ohne Not haben Sie, Herr Oberbürgermeister, plötzlich eine Planänderung vorgeschlagen: das Jugendhaus gegenüber dem Kaufhallenareal sollte als Teil eines Quartiertreffs für den Horeb fungieren. Dafür wurden (mit welchem Geld eigentlich?) Gutachten eingeholt und Experten befragt. Nur haben Sie dabei vergessen das eigene Ensemble mit ins Boot zu holen. Das wollte nämlich ebenfalls an der bereits beschlossenen Idee festhalten. Im Ergebnis hat uns das nur Zeit und Geld gekostet! Das Jugendhaus wurde immer noch nicht begonnen. Oder will man etwa warten bis die Jugendherberge irgendwann saniert werden muss, um alles dann in einem Aufwasch zu erledigen?

TVP Halle

Seit Jahren wird zu Beginn jeder Spielzeit die Uraufführung eines neuen Stückes angekündigt, ins Programm hat es der Klassiker aber immer noch nicht geschafft. Seit Jahren wird bezüglich der neuen TVP Halle immer nur versprochen, dass endlich eine neue, schöne Freizeitstätte für unser Pirmasenser Publikum entstehen soll. Aber immer wieder wird die Aufnahme ins Programm verschoben, mal liegt es am Geld, dann an der Planung. Wie lange will man die Verantwortlichen vom TVP noch an der Nase herumführen? Man fragt sich, wann die TVP Halle nun endlich ins offizielle Programm aufgenommen wird und wie hoch der Eintrittspreis sein wird?

Innenstadtentwicklung

Da hilft das beste Programm nicht, wenn man keine Requisiten kaufen kann. Wo soll man denn seine Kostüme kaufen? Endlich hat sich die Stadt vom langweiligen Stück verabschiedet, das keiner mehr sehen möchte und hat erkannt, dass das Festhalten an bloßem Einzelhandel nicht mehr zeitgemäß ist und will nun neue Wege beschreiten. Öffnung für Dienstleistungen, Wohnungen, Handwerk, die Neugestaltung des oberen Teils der Fußgängerzone, alles Schritte, um vielleicht endlich wieder einen Straßenfeger zu präsentieren. Aber warum hat man denn wieder so lange gewartet? Experten, die Opposition und viele weitere Akteure predigen seit Jahren, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Das wollte man aber nicht hören. So hat man wieder Zeit vergeudet und dem Publikum zu lange ein langweiliges Stück vorgesetzt, schade.

Plagiat (Notfallfond, essbare Stadt)

Leider gibt es - wie in jedem Jahr - auch wieder Stücke, bei denen sich der vermeintliche Autor zu Unrecht mit fremden Federn schmückt. Und dies macht er meist ganz ungeniert und ersinnt dann noch Geschichten, wie ihm der angebliche Geistesblitz gekommen sei. So wurde im September 2022 von unserer Fraktion – angesichts der Energiekrise – der Vorschlag unterbreitet, man solle zum Wohl der Bürger einen Notfallfond für die schwächsten der Gesellschaft einrichten. Außer dass man grundsätzlich die Idee gut fand, wurde sie als nicht umsetz- und finanzierbar abgelehnt. Allerdings nur um dann später dies als eigenes Stück uraufzuführen und dann zu behaupten, man sei seit April mit der Ausarbeitung befasst. Das erinnert stark an das Umwelttheaterstück „essbare Stadt“ bei dem der gleiche Autor – offensichtlich erneut beim Plagiat ertappt- eine abenteuerliche Geschichte ersann, wie ihm die Idee gekommen sei. Nur mal so als freundlicher Hinweis: es bricht Ihnen kein Zacken aus der Krone, wenn sie den tatsächlichen Autor nennen. Im Gegenteil! Vielleicht fühlen sich die tatsächlichen Urheber dann auch mal ernst genommen und die vom Oberbürgermeister immer behauptete tolle Zusammenarbeit aller Fraktionen im Rat wäre mehr als eine hohle Phrase in Neujahrsreden.

Eine ähnliche Kategorie wie die Plagiate, sind die immer wieder gezeigten Ausführungen des Kinderklassikers Pippi Langstrumpf, die sich die Welt bekanntlich macht, wie sie ihr gefällt. Zuletzt konnten wir das beobachten bei den Zahlen des Jobcenters. So wurde bei den zugewiesenen Geldern ein Minus von 8,9 Prozent beklagt, auf Nachfrage konnte jedoch festgestellt werden, dass weitere Gelder in Höhe von 480.000 € für den sog. Passiv-Aktiv-Tausch zur Verfügung stehen, also tatsächlich ein Plus von Prozent. Was soll das? Durch Rechenricks dieser Art wird die ganz ordentliche Arbeit des Jobcenters wieder abgewertet.

Barrierefreiheit

Anders als um die Barrierefreiheit in der Festhalle, ist es um die Barrierefreiheit in der Stadt bestellt. Ja, im aktuellen Haushalt wurden Gelder für den Umbau der Bushaltestellen bereitgestellt. Dumm nur, dass die gesetzliche Umsetzungsfrist bereits abgelaufen ist. Aber angesichts der Topographie und Demographie unserer Stadt, reicht das allein nicht aus. Handeln Sie endlich.

Schulen

Noch kurz ein Wort zu dem Angebot für Kinder – und Jugendliche. Schön, dass ein Schwerpunkt des Haushalts bei den Investitionen in die Bildung und Schulen liegt, aber auch hier – das wissen Sie ganz genau – könnten wir ohne die unsägliche Schulrochade schon viel weiter sein.

Kultur

Zu guter Letzt kommen wir noch zur Organisation des alljährlichen tatsächlichen Spielbetriebs im Bereich Kultur. Über die bestehenden Probleme haben wir in einer der letzten Sitzungen des vergangenen Jahres ausführlich diskutiert. Der zuständige Dezernent hat, nachdem er wie so oft Anderen Worte in den Mund gelegt hat, um vom eigentlichen Problem abzulenken, vollmündig angekündigt, man wolle sich zu Beginn dieses Jahres mit allen Akteuren und dem Rat zusammensetzen. Außer Versprechungen ist - wie so oft - bislang nichts passiert. Wie lange will man denn noch warten?

Es gäbe noch viele weitere Themen, die anzusprechen wären, Medizinische Versorgung, erneuerbare Energie... allein dazu fehlt die Zeit, seien Sie aber sicher, dass wir auch dies im Blick haben werden.

Bei den vielen Lücken im Spielplan, die hier nur skizzenhaft angesprochen werden konnten, wird es nicht verwundern, wenn wir abgesehen von den Sonderhaushalten Ihrer Planung nicht zustimmen werden.

Abschließend gilt mein Dank Iris Brandt und dem gesamten Team der Kämmerei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Ratsmitglied Heil verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Verwaltung, Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt für 2023 soll mit einem geplanten Überschuss von rund 360 000 € der erste seit etwa 30 Jahren sein, der mal nicht mit einem Defizit abschließt.

Nach drei Jahrzehnten des gnadenlosen Schuldenmachens muss man sich an den Begriff des „Überschusses“ erst einmal wieder gewöhnen, denn bestenfalls unsere Vorfahren wussten damit noch etwas anzufangen.

Es ist deshalb sicherlich auch nicht zu hoch gegriffen, in diesem Zusammenhang von einer „Zeitenwende“ zu sprechen!

Aber wie bereits bei einer anderen Zeitenwende, die unser extrem vergesslicher Bundeskanzler im letzten Jahr verkündet hat, ist auch bei unserer Zeitenwende nicht sicher, ob sie in der Praxis denn tatsächlich stattfinden wird.

Denn worauf beruht denn dieser bisher nur „geplante“ Überschuss?

Nun, zunächst einmal auf sehr optimistischen -oder vielmehr sehr gewagten- Annahmen.

So geht man etwa bei der Gewerbesteuer von höheren Einnahmen von satten 4 Millionen € aus und damit von einer Steigerung um stolze 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Übrigens zur Gewerbesteuer...

Einfallstraßen in Richtung Stadtzentrum werden verengt, Bushaltestellen in Mitte der PKW Fahrspuren gepflanzt.

Der obere Teil unserer Fußgängerzone soll bergab und durchgängig zur Radfahrteststrecke werden.

Der untere Teil zu einem „befahrbaren Park“. Kostenlose Parkplätze, von denen aus die Fußgängerzone noch einigermaßen schnell zu Fuß erreichbar ist, sollen kostenpflichtigen Anwohnerparkplätzen, die nicht einmal garantiert werden, zum Opfer fallen oder ganz verschwinden.

Denkt man in der Stadtspitze ernsthaft, mit diesen Maßnahmen die Fußgängerzone zu beleben?

Ich komme zu dem Schluss: die Fußgängerzone ist spätestens dann tot!

Es gibt dennoch eine Möglichkeit das Überleben der Einkaufsstadt Pirmasens zu sichern. Deshalb meine Bitte an die Stadtspitze, aber auch an alle Fraktionen im Stadtrat: lassen Sie ab vom Einzelhandelskonzept! Unterstützen und fördern Sie die Ansiedlung von Handel und Gewerbe mit Innenstadt relevantem Angebot auch außerhalb der Innenstadt.

Akzeptieren Sie, dass Kunden Geschäfte und Einkaufsmöglichkeiten schätzen, wenn Sie mit dem PKW gut zu erreichen sind und auch entsprechende und kostenlose Möglichkeiten zum Parken gegeben sind.

Helfen Sie mit, schaffen Sie ein Mehr an Arbeitsplätzen, schaffen Sie ein Mehr an Gewerbesteuer für unsere Stadt.

Zurück zu den Zahlen. Man lässt bei der Zinsbelastung völlig außer Acht, dass es im Jahresverlauf zu weiteren Erhöhungen der Leitzinsen kommen könnte – ja, ziemlich sicher kommen wird – kommen muss.

Übrigens machen alleine schon die bereits eingeplanten Zinssteigerungen bei den Investitions- und Liquiditätskrediten zusammen etwa 900 000 € aus und fressen somit den Großteil der Zuweisungen von rund 1,2 Millionen € aus dem sogenannten „Zinssicherungsschirm“ gleich wieder auf.

Noch schwerwiegender als diese spekulativen Annahmen wiegen aber die unkalkulierbaren Risiken im Bereich der verschiedenen Zuweisungen, von denen unsere städtischen Finanzen ganz maßgeblich abhängig sind.

Hier spiegelt sich nämlich bereits seit Jahrzehnten die ganze Willkür wieder, mit welcher uns das Land behandelt!

So wurden zunächst bestimmte Zuweisungen wie die früheren „Bedarfszuweisungen“ erst wiederholt abgesenkt und schließlich ganz abgeschafft.

Dann wurden verschiedene Schlüsselzuweisungen neu eingeführt und wieder abgeschafft oder durch andere ersetzt und eben auch bei deren Größenordnung wiederholt deutliche Änderungen vorgenommen.

Somit ist der vorliegende Haushaltsplan quasi nichts anderes als eine Gleichung mit mehreren Unbekannten.

Denn sowohl bei geringer ausfallenden Steuereinnahmen oder Zuweisungen, als auch bei einer weiteren Erhöhung der Zinsen wird es ganz schnell vorbei sein mit dem „geplanten“ Jahresüberschuss!

Letztlich muss man unserem Oberbürgermeister also attestieren, dass er zu optimistisch in die Zukunft dachte, als er diesen Haushaltsplan aufstellen ließ.

Und da bereits die mittelfristige Finanzplanung schon wieder jährliche Millionendefizite aufzeigt, an denen die Stadt selbst überhaupt nichts ändern kann, besteht für zukünftigen Optimismus leider gar kein Anlass.

Man kann vielmehr noch nicht einmal von einer „eigenen Haushaltsführung“ der Stadt sprechen.

Denn man ist einerseits komplett auf das Wohlwollen (bzw. die Zuweisungen) des Landes angewiesen und man hat andererseits keinen Einfluss auf die ständig steigenden „Pflicht“ Ausgaben (vor allem in Sozialbereich).

Deshalb ist es auch völlig sinnlos, so ziemlich jedes Jahr wieder über Erhöhungen von Grundsteuer und Gewerbesteuer zu reden und diese schlimmstenfalls auch noch umzusetzen, nur um dem Druck der Kommunalaufsicht -und damit des Landes- nachzugeben und dafür als „Dank“ vielleicht auch zukünftig noch den einen oder anderen Zuschuss zu erhalten.

Das grundsätzliche Problem der Stadtfinanzen liegt nämlich in keiner Weise auf der Einnahmenseite, sondern ausschließlich auf der Seite der Ausgaben!

So sind im Ergebnishaushalt die Aufwendungen alleine von 2021 bis 2023 um satte 14 Millionen € gestiegen!

Alleine die Ausgaben für die „Soziale Sicherung“ machen mit rund 64 Millionen € ein gutes Drittel der Gesamtaufwendungen der Stadt in diesem Jahr aus und das Defizit im Sozialetat steigt jährlich weiter an!

Wenn hier nicht grundsätzlich gegengesteuert wird, helfen weder Steuererhöhungen durch die Stadt, noch Zuschüsse des Landes oder vermeintliche „Entschuldungsprogramme“ und „Zinssicherungsschirme“.

Die Ursachen für die explodierenden Sozialausgaben sind leicht erklärt.

Wir haben in Pirmasens historisch bedingt nun mal einen überdurchschnittlich hohen Anteil an arbeitslosen Menschen und damit Sozialleistungsbeziehern.

Hinzu kommt seit etlichen Jahren eine Zuwanderung von Menschen aus aller Herren Länder, welche zum großen Teil direkt in unseren Sozialsystemen landen und dort auch dauerhaft verweilen.

Ihnen geht es hier besser, als wenn sie in ihren Herkunftsländern einer geregelten Arbeit nachgehen würden.

Durch die deutliche Erhöhung der staatlichen Unterstützung zum Jahreswechsel steigen die Kosten für die Versorgung der nicht arbeitenden Bevölkerung ebenfalls weiter an - genauso

wie durch die Inflation, welche die direkte Folge einer völlig absurden Energie- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene ist.

Auf all' diese Faktoren haben wir hier in Pirmasens leider keinerlei Einfluss. Wir müssen jedoch alle die daraus resultierenden Folgen tragen!

Hinzu kommt dann als sprichwörtliches i-Tüpfelchen, dass uns die ADD (und damit das Land) sogar noch unsere „freiwilligen“ Ausgaben auf 8,8 Millionen deckelt.

Wir dürfen also (auf Geheiß des Landes) im freiwilligen Bereich nicht mehr so viel ausgeben, weil man uns (seitens desselben Landes) im Pflichtbereich schon zu viel aufgedrückt hat!

Liebe Ratsmitglieder, fragen sie sich doch alle einmal selbst, was das alles eigentlich noch mit „kommunaler Selbstverwaltung“ zu tun haben soll?

Man mag nun einen Blick auf den Bereich der Investitionen werfen und zu dem Ergebnis kommen, dass sich da tatsächlich noch etwas gestalterisch bewegen lässt.

So sind auch wir der Ansicht, dass etwa die Fortführung des Straßenausbauprogrammes zu begrüßen ist.

Auch der Neubau des Jugendhauses bei der Jugendherberge findet unsere Unterstützung. Ebenso wie die geplante städtische Turnhalle, auch wenn hier ursprünglich mal ein ganz anderes Modell der Finanzierung mit dem TVP angedacht war.

Nebenbei bemerkt: auch der erzwungene Erwerb von Anteilen der ISB am Dauerzuschussbetrieb der ehemaligen „Messe“ in Höhe von 130 000 € wird bei den „Investitionen“ aufgeführt.

Dies mag zwar formell korrekt sein, muss aber aufgrund der Gegebenheiten als blanker Sarkasmus angesehen werden!

Bei allen Investitionen, die Baumaßnahmen voraussetzen, stellt sich doch aber unweigerlich eine ganz entscheidende Frage:

Finden sich überhaupt genug Leute in allen Bereichen der Planung und praktischen Durchführung, welche die Maßnahmen dann auch umsetzen?

Bekanntlich herrscht ja so ziemlich überall Fachkräftemangel und viele Stellen können nicht mehr besetzt werden.

Dabei hatte man uns doch bei der damaligen Massenzuwanderung im Jahr 2015 noch beständig gesagt, dass wir durch die Neuankömmlinge jede Menge „Fachkräfte“ hinzugewinnen werden.

Was ist denn daraus nur geworden?

Nun, nach den jüngsten Aussagen der Verwaltung während der Haushaltsberatungen haben wir seit damals offenbar vor allem jede Menge sogenannter „Problemfamilien“ dazu gewonnen!

Und durch die beständige Erhöhung von Sozialleistungen wird man sicherlich nicht deren Motivation steigern, sich jemals eine Arbeit zu suchen.

Insofern bleibt abzuwarten, welche der „geplanten“ Investitionen denn auch tatsächlich umgesetzt werden können oder ob es sich mit ihnen ähnlich verhält wie mit dem „geplanten“ Überschuss in diesem Haushaltsjahr.

Als Fazit ist aus unserer Sicht folgendes festzustellen: der vorgelegte Entwurf ist nicht der Haushalt dieser Verwaltung und es ist mit Sicherheit auch nicht unser Haushalt!

Es ist ein faktisches Diktat von oben, bei dem wir weder auf die Einnahmenseite noch auf die Ausgabenseite irgendeinen relevanten Einfluss haben, sondern nur ausführen sollen, was andere uns vorgeben.

Wir lehnen deshalb diesen Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz für die Stadt Pirmasens ab!"

Ratsmitglied Bachert verliest die Haushaltsrede:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Werte Ratsmitglieder,

Vorab möchten wir Danke sagen an die Verwaltung für ihre geleistete Arbeit.
Danke auch an alle Bürger unserer Stadt, die durch ihre Beiträge, Anregungen und intensive Mitarbeit mitwirken, wenn es um die Zukunft unserer Heimat geht.

Ein Dank vom Herzen auch an alle ehrenamtlichen. Ihr seid aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Durch eure Projekte und Arbeiten stellt ihr eine große Säule dar, die für die Stadt so wichtig ist.

Einen ausgeglichenen Haushalt hat es schon lange nicht mehr gegeben. Möglich wird dies, weil seit diesem Jahr bedarfsorientiert Gelder zugewiesen werden an die Kommunen. – Trotzdem - Beschlüsse und Verordnungen des Landtages und des Bundes werden nicht vollständig übernommen, belasten unseren Haushalt zusätzlich. Dafür wurde eigentlich das Konnexitätsprinzip geschaffen. Folgekosten der Maßnahmen für die Kommunen, müssen besser ausformuliert und einberechnet werden. Nur so gelingt es, dass unsere Stadt wirkungsvoll und zukunftsorientiert arbeiten und sich weiter entwickeln kann.

Auch spielt die Altschuldenlösung eine Rolle. Hier muss noch mal nachverhandelt werden und für beide Seiten lösbare Konzepte erarbeitet werden. Jede neue Aufnahme von Schulden ist durch die Zinssteigerungen zu vermeiden.

Durch die Energiesteigerungen in diesem Jahr, wissen viele Bürger nicht wo sie das Geld dafür hernehmen sollen. Ein Härtefallfond für besonders Betroffene wird uns von der ADD bewilligt, falls unser Haushalt genehmigt wird. Unabhängig davon wurde schon jetzt von den Stadtwerken ein Fond aufgelegt um schnell und unbürokratisch zu helfen. Vielen Dank dafür.

Auch auf die Stadt kommen auf allen Ebenen enorme Kostensteigerungen zu. Die Verteuerung der Energie durch den Krieg verschlingt Millionen. 1,5 Millionen € allein an Mehrkosten, um unsere Gebäude zu unterhalten und zu bewirtschaften.

Die Mehrausgaben im Jobcenter für die Begleichung der Energiekosten für die Unterkunft zur Sicherung des Lebensunterhaltes belaufen sich ebenfalls auf 1,5 Millionen.

Doch nicht nur die Energieverteuerungen werden durch die Pandemie und den Ukrainekrieg zu einem Problem. Viel mehr Menschen brauchen unsere Unterstützung auch im sozialen Bereich. Die Pandemie hat die Situationen in den Familien verschärft. Gegenüber dem Vorjahr werden deshalb 1,25 Millionen € mehr eingestellt, die helfen sollen diese Probleme so gut es geht aufzufangen.

Die Personalkosten steigen. Wie man sich einigt im Tarifstreit ist noch offen. Doch die Annahme einer 4%igen Erhöhung im Jahr 2023 wird mit Sicherheit nicht ausreichen. Geld allein wird sowieso nicht mehr der alleinige Grund sein, will man neues Personal gewinnen.

Gute Arbeitsbedingungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten, arbeiten von zu Hause aus werden durch die Digitalisierung möglich.

Mit einem flächenmäßigen Ausbau der Glasfaser im Stadtgebiet wäre dies machbar.

Die steigenden Baukosten, die Materialknappheit und Lieferengpässe machen eine solide Planung von neuen und bestehenden Bauvorhaben in unserer Stadt nicht einfach. Zu prüfen welche Möglichkeiten sich ergeben können, z.B. bei der Energieeinsparung und Nachhaltigkeit sollten Standard sein.

Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und der Umstieg von Gas auf Fernwärme in möglichen Sektoren zeigen deutlich, wie wichtig es ist am Ball der Zeit zu bleiben.

Doch müssen alle von der Stadt angehenden Projekte ganzheitlich gesehen werden, um zu gewährleisten, dass die Ökonomie und Ökologie in Einklang stehen.

Was nützt es, wenn wir Tempo 30 Zonen einrichten, aber keine Kontrolle stattfindet.

Die Innenstadt braucht mehr Vielfalt und Grün, um sie Lebendig zu gestalten. Ein Mix aus Läden, Handwerk, Kunst, Kultur, Gastronomie und mehr Wohnen sind anzustreben. Mehr kleinere Events und Aktionen in der Kernzone laden zum Verweilen ein, steigern die Attraktivität und bringt mehr Besucher in die Innenstadt.

Viel Spielraum besteht nicht im Haushalt, um zu gestalten. Eine zusätzliche Einnahmequelle und gleichzeitige Gewinnung von grünem Strom und Wasserstoff kann Wirklichkeit werden.

Wir in Pirmasens haben durch die Ausweisung von geeigneten Flächen aus dem LEP 4 für Windräder z.B. in Winzeln die Chance, neben der Biogasanlage direkt grünen Strom und grünen Wasserstoff ins Netz einzuspeisen. Unsere Module könnten dafür nach Bedarf erweitert und ausgebaut werden.

Eine aktive Beteiligungsform statt passiver Abwarte in diese Richtung ist wünschenswert.

Auch sollte die Wichtigkeit des Ausbaus von Solar in der Kommune erkannt werden. In Verbindung mit den Stadtwerken sollten Ideen und Konzepte auch durch Ausbau von Flächen im privaten Bereich angedacht werden.

Beide Seiten, Bürger und Kommune, könnten davon profitieren.

2023 unterstützt die Landesregierung mit dem Kommunalem Klimapakt (KKP) und dem Kommunalen Investitionspaket Klimaschutz und Innovation (KIPKI) die Städte im bisher ungekannten Maßstab. Hier kommt unserer Kommune eine

Schlüsselrolle zu. In diesem Jahr werden dafür 240 Millionen zur Verfügung gestellt. Unterstützung und Beratung bei Anträgen von Fördergeldern beim Bund und im Land die oft sehr komplex und umfangreich bearbeitet werden müssen, sind darin enthalten. Unzählige Projekte und Maßnahmen, die auch finanziell auf allen Ebenen begleitet werden, gilt es für unsere Kommune auszuschöpfen und für den Klimaschutz umzusetzen. Den Oberbürgermeister bitte ich zu prüfen ob mit dem vorhandenen Personal alle für uns wichtigen Projekte beantragt und umgesetzt werden können.

BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN stimmen dem Haushalt 2023 zu.“

Ratsmitglied Eschrich verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,
sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder ist das Schuldenthema Kern jeder Haushaltsdebatte im Pirmasenser Stadtrat. Je nach politischer Absicht, dient die Verschuldung als Begründung für Verweigerung und Tatenlosigkeit oder, Entschuldung genannt, für den Beweis politischer Tatkraft, ganz so, wie man es braucht. Beim heldenhaften Kampf für die Würde der Städte ist die Würde der darin lebenden Menschen leider auf der Strecke geblieben.

Der vorliegende Haushalt wird als historisch gefeiert, weil es mit allerlei Schönfärberei gelingt, für ein Jahr eine schwarze Null auf dem Papier zu generieren, während sich gleichzeitig in der realen Welt die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen potenzieren. Worin liegt also der Grund für die Feierlaune? Ganz sicher nicht in der Lebenswirklichkeit der großen Masse der Pirmasenser Bevölkerung. Denn für die ändert sich im kommenden Haushaltsjahr exakt nichts, jedenfalls nicht zum Guten. Lässt man die vergangenen Jahrzehnte der Verschuldungs- und Entschuldungsdebatten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene geistig Revue passieren, kommt man auf provokante Gedanken. Ist das Ganze nur politisches Profilierungsgehebe? Geht es tatsächlich um die Schulden oder vielmehr um die Rezepte der beteiligten Köche? Auf Bundesebene wurde jahrelang das Mantra der Schwarzen Null gepredigt, um letztlich einen Schattenhaushalt namens Sondervermögen in die kreative Buchhaltung einzuführen, ähnliches wurde schon vorher in Rheinland-Pfalz praktiziert. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz wiederum sollten mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds ab 2012 wieder Luft zum Atmen bekommen, was freilich nie eintrat, stattdessen wuchs ihre Verschuldung kontinuierlich an. 10 Jahre und zwei Landesverfassungsgerichtshofurteile später verschwindet auch der KEF in der Versenkung und wird durch eine neue Augenwischerei ersetzt.

Was aber ist die Essenz und das Fazit für die Menschen im Land? Sie bekommen als Privatperson in der Bäckerei kein Brot, ohne dafür zu bezahlen. Für die staatlichen Ebenen gilt dieses Prinzip nicht. Hier gilt das Machtprinzip, ob in Berlin oder Pirmasens, finanzierbar ist immer das, was politisch gewollt ist, egal wie und wie hoch die Verschuldung dafür auch ausfallen möge. Für alles andere, unerwünschte, ist kein Geld da und die Bittsteller anderer politischer Ansicht bekommen für ihre politischen Vorstellungen mit der Schuldenkeule aufs Haupt.

Dies ändert freilich nichts an der Tatsache, dass wir als Fraktion die eine klare Linie der Pirmasenser Stadtspitze auch weiterhin unterstützen: Werden staatliche und dem Grunde nach gesamtgesellschaftliche Aufgaben auf die Kommunen per Gesetz übertragen, hat der Gesetzgeber die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Und zwar zur Gänze. Und gedeckt durch das einzig seriöse Steuerungsinstrument, nämlich durch Steuern und nicht mit sogenannten Sondervermögen oder dem Prinzip linke Tasche, rechte Tasche. Eine nachhaltige Finanzierung der rheinlandpfälzischen Kommunen ist aber nicht in Sicht. Weder reichen die Landeszuweisungen der Höhe nach aus, noch wird dem Konnexitäts – und Verursacherprinzip Rechnung getragen. Stattdessen steigen die ungedeckten Sozialausgaben in Pirmasens trotz höherer Schlüsselzuweisung weiter kräftig an und begegnet Mainz den steigenden Ausgaben nicht mit einem verfassungsgemäßen und auskömmlichen kommunalen Finanzausgleich, sondern mit einer Umverteilung innerhalb des Systems, die erneut unzureichend ist. Das Gleiche gilt im Übrigen für die „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)“. Solange das Grundproblem einer kostendeckenden Zuweisung von Finanzmitteln nicht gelöst ist, kann man Buchschulden aus der Vergangenheit tilgen solange man will, an der finanziellen Misere der Gegenwart und der Handlungsunfähigkeit der Kommunen ändert dies gerademal nichts. Ganz im Gegenteil: Um an dem Altschuldenprogramm teilnehmen zu können, werden die letzten freien Euros aus dem

Haushalt heraus gequetscht und wird die ADD erneut versuchen, dem Pirmasenser Stadtrat weitere Steuerhöhungen abzupressen. Unter dem Strich werden Altschulden getilgt während gleichzeitig neue Schulden aus dem defizitären Sozialhaushalt aufgebaut werden. So funktioniert nachhaltige Haushaltspolitik nicht.

Noch im November 2022 waren Pirmasens, als höchst verschuldete Stadt Deutschlands, der Landkreis Kusel sowie der kaum minder verschuldete Landkreis Kaiserslautern, davon ausgegangen, dass sie nicht am geplanten Entschuldungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz teilnehmen können. Denn als Bedingung für die Teilnahme wurde wiederholt und Presseöffentlich ein ausgeglichener Haushalt genannt und zwar nicht nur für ein Jahr, wie in Pirmasens, sondern langfristig. Im kürzlich verabschiedeten Landesgesetz steht dazu die lapidare Aussage, dass die Pflicht zum Haushaltsausgleich unabhängig von einer Teilnahme am Entschuldungsprogramm besteht und durch das Landesgesetz unberührt bleibt. Wie Oberbürgermeister Zwick in der Sitzung des Schulträgersausschuss am 31. Januar öffentlich bekannt gab, habe das Finanzministerium nun mitgeteilt, dass Pirmasens am Altschuldenprogramm auch ohne längerfristig ausgeglichenen Haushalt teilnehmen könne. Ein ausgeglichener Haushalt sei keine zwingende Voraussetzung für die Teilnahme. Hier ist das Land offensichtlich kräftig zurück gerudert, freilich bisher nur informell. Denn eine dahingehende amtliche Verlautbarung gibt es nicht und man muss sich die Frage stellen, warum nicht schon längst und öffentlich dieser Sachverhalt klar gestellt wurde. Das verleiht dem Ganzen den Charakter eines Kuhhandels und sollte über die Anträge der Kommunen tatsächlich dahingehend entschieden werden, ist dies ein weiteres Stück aus dem Tollhaus der Verschuldungs- und Entschuldungsdebatten der vergangenen Jahrzehnte. In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass alles so weiter laufen kann wie bisher und bestätigt meine Eingangsthese. Der Haushaltsausgleich steht genauso auf dem Papier wie das Konnexitätsprinzip, mehr aber auch nicht.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zum Haushalt selbst. Wenn schon der Oberbürgermeister bei der Haushaltseinbringung mit dem ersten Nachtrag winkt und erklärt, dass mit erheblichen Preis- und Kostensteigerungen zu rechnen ist, kann sich jede und jeder selbst ausmalen, was von diesem Haushaltsplan zu halten ist. Es ist erstaunlich, dass man aus der geplatzten Schulrochade nichts gelernt hat. Dreist ist, dass man mit der gleichen Unverfrorenheit wie damals Zahlen in die Welt setzt, von denen schon heute feststeht, dass sie nicht einzuhalten sind. Geplante Kosten 2023 für das Hugo Ball, 3,1 Millionen, Leibniz, 1,4 Millionen, Jugendhaus 5,4 Millionen, Sporthalle 8,6 Millionen, macht zusammen 18,5 Millionen nur für diese Großbaustellen. Das ist selbstverständlich nur eine erste Rate für die Gesamtkosten dieser Projekte, die sich über Jahre, wenn nicht das nächste Jahrzehnt hinziehen werden. Wer nur ein wenig die explodierenden Rohstoff- und Energiepreise oder den Handwerkerangel und die Hemmungslosigkeit der Bauunternehmen berücksichtigt, weiß, welche Beträge am Ende tatsächlich herauskommen werden. Dazu werden weitere Nachträge für den Straßenausbau kommen, der selbstverständlich auch nicht bei den geplanten 5,5 Millionen stehen bleiben wird.

Wenn am Schluss das Doppelte oder Dreifache der geplanten Kosten rauskommt, sind solche Haushaltsplanungen wertlos und mit Schönfärberei noch milde beurteilt. Das Thema kommunales Bauen alleine reicht schon aus, um diesen Haushaltsplan abzulehnen, weil er keine realistische Darstellung der tatsächlichen Aufwendungen enthält und daher nicht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit entspricht. Jeder weiß, dass die veranschlagten Ausgaben nicht einmal ansatzweise ausreichen werden, sondern weitere Schulden in erheblichen Ausmaß gemacht werden müssen, um diese Investitionen zu stemmen. Und um dem Ganzen keinen falschen Zungenschlag zu geben: Niemand stellt die genannten Investitionen an sich in Frage, ganz im Gegenteil, würden wir uns viele weitere Investitionen in die Daseinsvorsorge und Infrastruktur, gerne auch zum Ausgleich sozialer

Härten und Ungleichheit, wünschen. Aber eben nicht zu jedem Preis, den am Ende immer die Bürgerinnen und Bürger zu zahlen haben. Während man Energiepreise deckelt und dabei ein Sakrileg an der reinen Lehre der Marktwirtschaft in Kauf nimmt, scheut man sich weiterhin, Mieten und Baupreise zu regulieren und damit Bürger und Kommunen zu entlasten.

Niemand kann der Stadtspitze, der Verwaltung oder dem Stadtrat die Schuld für die katastrophale weltpolitische Lage geben, die neben unsäglichem menschlichen Leid natürlich auch wirtschaftliche Folgen nach sich zieht, die sich durch Inflation und Rezession extrem spürbar für uns alle auswirken. Aber alleine auf den Ukraine-Krieg zu verweisen, ist viel zu kurz gegriffen. Zum Beispiel sind die Strompreise seit der sogenannten Liberalisierung des Strommarktes in den 1990er Jahren um mehr als 400 Prozent angestiegen, auch ohne Krieg in Europa. Und die Baupreise schießen schon seit Jahren durch die Decke, da hatte Putin die Ukraine noch nicht überfallen.

Die politische Verantwortung für diesen im wahrsten Sinne unhaltbaren Haushalt kann also nicht ausschließlich mit dem Verweis auf Preis- und Kostensteigerungen als schicksalhaft abgetan werden. Die Mär, wir waren auf einem guten Weg und nun hat uns die böse Realität eingeholt, ist einfach falsch. Wir haben es mit dem gleichen Phänomen wie 2012 zu tun, als man mit aller Gewalt am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmen wollte. Auch damals wurde solange gefeilt und gedengelt, bis der Haushalt zum Entschuldungsfonds passte. Meine These, dass die Schulrochade beim Erfinden von Eigenanteilen für den KEF zumindest sehr nützlich war, hat bis heute niemand widerlegt. Die einzige Erfolgsmeldung, mit denen die CDU-geführten Stadtspitzen seit Jahren in der Öffentlichkeit punkten, ist der selbstlose Kampf gegen die Bösen in Mainz, die uns Pirmasenser in der Schuldenfalle gefangen halten. Diese Erzählung wird endlos weitergestrickt und soll auch zum nächsten Erfolg bei den Kommunalwahlen 2024 tragen. Deshalb musste der Haushaltsausgleich und die Teilnahme am aktuellen Altschuldenprogramm her, egal wie.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,
sehr geehrte Damen und Herren,

mehr braucht man zu diesem Haushalt nicht zu sagen. Beschäftigen wir uns lieber mit Politik. Im März 2022 hatten wir zur Abfederung sozialer Härten bei explodierenden Energiepreisen die Bildung eines Härtefallfonds beantragt. Dieser Antrag wurde zurückgestellt, weil zum damaligen Zeitpunkt noch nicht absehbar war, wie sich die staatlichen Hilfspakete auswirken würden. Nun hat die Stadtverwaltung zusammen mit den Stadtwerken diesen Vorschlag umgesetzt, freilich ohne den Stadtrat damit zu beschäftigen und nur dem Namen nach. Außer der Bezeichnung hat dieses pseudo Hilfsangebot nämlich nichts mit einem Härtefallfonds gemein, wie er in anderen Kommunen praktiziert wird. Die Hürden wurden extrem hoch angesetzt und bisher gab es nur einen einzigen Antrag auf finanzielle Zuwendung, der auch noch abgewiesen wurde. Man hat sich ein soziales Deckmäntelchen umgehängt, mehr nicht.

Gespannt sind wir auf die angekündigten Berichte und Neuerungen im Kulturbereich. Unser dahingehender Antrag wurde politisch geschlachtet und mit voller Absicht als Angriff auf Personen fehlinterpretiert. Wir wollten erreichen, dass das sensible Thema Kultur offen und vom gesamten Stadtrat diskutiert wird. Dies war nicht erwünscht, stattdessen wird der Stadtrat wohl vor vollendete Tatsachen gestellt und darf diese gut oder schlecht finden. Nicht nur wir als Fraktion sind mit der Praxis im Kulturbereich unzufrieden, aus der kulturinteressierten Bevölkerung haben mich ebenfalls Unmutsbekundungen erreicht. Einbrüche bei den Besucherzahlen durch die Pandemiebeschränkungen hat es überall gegeben, nur sind andere Städte besser aus dem Quark gekommen als hier. Für Kultur muss man in der Tat brennen und ein Gespür haben. Dies wird zwar so verlautbart, allein mir fehlt der Glaube.

Stadtentwicklung und insbesondere der Einzelhandel sind ein Trauerspiel. Der zentrale Handelsplatz auf dem ehemaligen Kaufhallengelände mutierte vom großspurig angekündigten

Schuhfachmarktzentrum zum Seniorenwohnprojekt mit angeschlossener Bäckerei. Kürzlich ging mit dem Biomarkt ein wichtiger Ankermieter flöten. Die beruhigende Pressemitteilung zum Herunterspielen dieses Problems und möglichen K.O.-Kriteriums war schnell verfasst.

Die Antwort der Stadtverwaltung zu unserer umfassenden Anfrage 2022 zur Stadtentwicklung und zur Umsetzung des Masterplans 2015 war zumindest an einem Punkt interessant. Anfragen zu Verkaufsflächen über 300 Quadratmeter lägen nicht vor und die Post-Covid-Stadt würde eine andere sein. Dieses sybillinische Orakel würde ich persönlich anders formulieren, nämlich konkret: Nachdem das Einzelhandelskonzept die letzten Investoren vergrault hat, wird die Stadt eine leere sein.

Der enge Schlauch der Fußgängerzone soll ein Abenteuerspielplatz für Kinder mit Bachlauf werden, während gleichzeitig die Blechlawine daran vorbei rollt oder den Randstreifen zuparkt. Auf solche Ideen muss man erst mal kommen. Selbstverständlich werden sich die Auto vernarrten Pirmasenser an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten, niemanden gefährden und nur die vorgeschriebenen Parkflächen nutzen. Das Ordnungsamt hat dies bestimmt im Griff, so wie die Helikoptereltern am Fahrschen Wald, die ein brandgefährliches Verkehrschaos verursachen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

mindestens drei Krisen kumulieren gegenwärtig zu einer historisch einmaligen Existenzkrise der gesamten Menschheit: Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Klimakatastrophe. Die Gefahr eines menscheitsvernichtenden 3. Weltkrieges ist latent. Das Wesen von Existenzkrisen ist, dass sie in vielfacher Hinsicht die Schwächsten am schnellsten und härtesten treffen. Dies gilt global wie lokal.

Sie und ich stehen als Kommunalpolitiker dieser Existenzkrise weitgehend ohnmächtig gegenüber, wenn wir ehrlich sind. Gegen die Krise der regionalen Gesundheitsversorgung und den fortschreitenden Ärztemangel hingegen können wir etwas tun, denn dafür gibt es sinnvolle kommunalpolitische Instrumente, die andernorts erfolgreich Anwendung finden. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Eine Erfolgsgarantie gibt es freilich nicht, aber eine realistische Chance, das finale Praxissterben in Pirmasens zu beenden. Bitte ergreifen Sie diese Chance.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt den Haushalt und die Haushaltssatzung ab.“

Ratsmitglied Knerr verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Herren Dezernenten, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat,

Ja, wir haben dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt, und ich will das Wort historisch hier nicht bemühen, denn wie Sie hier alle wissen, sollte dies die Regel sein und nicht eine Ausnahme nach 30 Jahren. Der Gesetzgeber sieht vor, dass der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein muss.

Trotzdem will ich die Leistung zur Erreichung dieses Haushaltszieles nicht schmälern und allen, die dazu beigetragen haben, Dank sagen.

Hierfür noch unser besonderer Dank als Fraktion an die Verwaltung, stellvertretend an die hier anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben durch Einsparungen und große Anstrengungen in der täglichen Arbeit wesentlich dazu beitragen.

DANKE

Dieser Haushalt ist allerdings auch ein Haushalt ohne Luxus. Wenn wir die gesetzlichen Vorgaben und Zwänge sowie die dringend benötigten Maßnahmen im Bereich der Infrastruk-

tur abziehen, sind die zu erwartenden Haushaltsmittel fast vollständig verplant. Diese Tatsache setzt unserer Arbeit als Rat nicht wegzudiskutierende Schranken.

Wenn wir mit offenen Augen durch unsere Stadt gehen, können wir feststellen, dass sich im Bereich der Infrastruktur in den letzten Jahren einiges getan hat bzw. sich im Ausbau befindet. Zu nennen seien hier die zahlreichen Straßenausbauarbeiten, die BBS oder auch die Landgraf-Ludwig-Realschule plus. Auch der neue Haushalt sieht hier in diesem Bereich einiges vor. Doch wenn wir bei unserem Rundgang durch die Stadt genauer hinschauen, finden wir noch zukünftige Baustellen. Wir haben hier wie viele Kommunen durch jahrelang fehlende Haushaltsmittel eine große Zahl bereits geplanter Investitionen abzubauen. Dieses Thema wird unsere Ratsarbeit und den Haushalt auch in den nächsten Jahren prägen und das Handeln bestimmen bzw. einschränken.

Partei übergreifend wird auf allen Ebenen seit Jahren schon über den Abbau der Bürokratie gesprochen. Die Realität schaut jedoch anders aus. Immer mehr Gesetze und Verordnungen sorgen für einen größer werdenden Aufwand. Dies betrifft sowohl jeden Einzelnen in seinem privaten Leben als auch die Verwaltung in ihrem täglichen Handeln.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung berichten, dass das Arbeiten und Handeln als Teil einer Behörde immer schwieriger und aufwändiger wird.

Dies spiegelt sich auch in unserem Pirmasenser Haushalt wider. Zum Beispiel, wenn wir uns hier noch einmal den Stellenplan vor Augen führen. Aus den steigenden Aufgaben geht ein entsprechender Mehrbedarf an Personal hervor und auch ein Mehr an Kosten.

Wie wir gehört haben, sind alle Stellen noch zu besetzen, doch auch bei der Stadtverwaltung wird sich der Rückgang an Fachkräften bemerkbar machen. Hier müssen der Verwaltung Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt mit der Konkurrenz Schritt halten kann. Denn bei der momentanen Lage am Arbeitsmarkt reicht es nicht mehr aus einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten. Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze attraktiver werden. Gerade im Ingenieurbereich gibt es bundesweit schon Probleme, Stellen zu besetzen. Die Attraktivität eines Arbeitsplatzes hängt heutzutage nicht mehr nur von der monetären Seite ab. Für viele Fachkräfte, gerade für diejenigen, die von großen Unternehmen wechseln wollen, zählt vor allem die Work-Life-Balance. Um hier ein interessanter Arbeitgeber zu sein, benötigt die Verwaltung einen kreativen Spielraum. Diesen zu schaffen ist eine gemeinsame Aufgabe der Stadtspitze, der Verwaltung und von uns als Rat.

Wir haben uns hier in den letzten Monaten ausführlich mit den 3 Konzepten für Tempo 30, Radwegenetz und Parkraumkonzept beschäftigt.

Sind wir bei Tempo 30 schon weit fortgeschritten und ergibt sich hier das meiste aus den gesetzlichen Grundlagen, gibt es bei den anderen Konzepten noch teilweise Redebedarf.

Ja, Radwege sind wichtig, sowohl für eine umweltfreundliche Fortbewegung als auch für den Tourismus und den allgemeinen Freizeitsport. Doch auch hier sollten die Wege mit Sinn und Verstand geplant werden. Pirmasens ist auf Grund seiner geographischen Gegebenheiten keine klassische Fahrrad-Stadt.

Es ist ja gemeinhin in Deutschland der Wunsch, die Innenstädte weitestgehend vom Automobilverkehr zu befreien. Was mit Blick auf die Umwelt und die Lebensqualität in den Innenstädten auch sinnvoll ist. Wir dürfen aber hier nicht die Pendler vergessen, die täglich ein- bzw. auspendeln um ihrer Arbeit nachzugehen. Wir dürfen auch diejenigen nicht vergessen, die kein anderes Fortbewegungsmittel nutzen können.

Diesen Menschen dürfen wir nicht die Wege unnötig erschweren.

Das dritte und aus unserer Sicht am kritischsten zu sehende Konzept betrifft die Parkplätze und die Parkräume in der Innenstadt. In den Bereichen, in denen ein großer Parkdruck

herrscht oder die Anwohner Probleme haben einen Parkplatz zu bekommen, muss eine Lösung her und diese auch zeitnah.

Jedoch sehen wir als Fraktion nicht ein, kostenlose Parkplätze abzuschaffen, weil die Parkhäuser und die kostenpflichtigen Parkplätze nicht ausgelastet sind. Nehmen wir doch hier den Parkplatz an der Messe. Er wird außer von den Patienten des Medicenters auch von Schülern und arbeitenden Menschen aus der Innenstadt genutzt. Gerade in Berufen, die nicht gut bezahlt sind, kann man nicht verlangen, dass sich alle Berufstätigen einen kostenpflichtigen Parkplatz zulegen. Ja, es gibt hier das Argument, dass sich bei Geringverdienern das Unternehmen beteiligen kann. Dies sehen wir aber für eine flächendeckende Lösung als realitätsfern an. Von den Schülern und Patienten des Medicenter will ich erst gar nicht reden.

Der Wegfall von Parkplätzen, zum Beispiel in der Bahnhofstraße, zur Schaffung von Ladeflächen oder zur Bewirtung sollte unserer Meinung nach erst für die Umsetzung in Erwägung gezogen werden, wenn ein tatsächlicher Bedarf besteht.

Wir können nicht immer einerseits darauf hinweisen, dass unsere Bevölkerung immer älter wird und wir die Innenstadt beleben müssen, und andererseits gleichzeitig den Luxus des nahen Parkens abschaffen.

Meine Damen und Herren, wenn auch meine letzten Aussagen etwas kritisch scheinen, möchte ich mich stellvertretend im Namen meiner Fraktion bei unseren Partnern in der Koalition und der Stadtspitze für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Es wird oft kritisch und kontrovers diskutiert, aber all dies hat zum Ziel, Pirmasens weiter zu bringen.

Zum Schluss habe ich noch einen Wunsch an Sie, die Fraktionen, die auch im Bund und Land vertreten sind. Nutzen Sie Ihre Kontakte und Ihren Einfluss auf allen Ebenen für die finanzielle Ausstattung von Kommunen. Wenn man weiterhin Kommunen finanziell mehr zumutet und Aufgaben zuweist, als sie stemmen können, werden wir in Zukunft vor schier unlösbaren Aufgaben stehen. Denn wie ich schon eingangs gesagt habe, ein ausgeglichener Haushalt soll die Regel und nicht die Ausnahme sein. Doch dieses Ziel erreichen wir nicht alleine als Stadtrat und auch nicht durch die Initiativen einzelner Parteien, sondern nur gemeinsam ohne durch die Parteibrille zu blicken.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie meinen Ausführungen Gehör geschenkt haben.

Wir vom Freien Wähler Block Pirmasens werden dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Vielen Dank!“

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023

Der Stadtrat beschließt mit 25 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen mehrheitlich

die Annahme der Haushaltssatzung 2023 sowie des Haushaltsplans mit seinen Anlagen (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

zu 3.2 Forstwirtschaftsplan 2023

Der Vorsitzende teilt mit, der Forstwirtschaftsplan 2023 sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 30.01.2023 einstimmig beraten worden.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2023 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt: Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	90.300 €
Aufwendungen	<u>94.270€</u>
Fehlbetrag	-3.970 €

zu 3.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 05.12.2022 einstimmig beraten worden.

Sodann beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	10.125.000 Euro
Aufwendungen	<u>10.078.000 Euro</u>
Gewinn	47.000 Euro

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	12.061.000 Euro
---	------------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	27,18 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026

wird auf	51.035.000 Euro
festgesetzt.	

3. Investitionsprogramm 2022 bis 2026

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2022

bis 2026 wird auf den Gesamtbetrag von	32.084.000 Euro
festgesetzt.	

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf **5.577.900 Euro**

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen wird festgesetzt auf **9.635.000 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf **3.387.000 Euro**

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf **8.000.000 Euro**

zu 3.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionen sei bereits in der Werkausschusssitzung am 05.12.2022 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	5.395.000 Euro
Aufwendungen	5.201.000 Euro
Verlust	194.000 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	293.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	25,54 Stellen
------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026 wird auf **743.000 Euro** festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2022 bis 2026

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2022
bis 2026 wird auf den Gesamtbetrag von
festgesetzt.

256.500 Euro

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite
wird festgesetzt auf

0 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf

0 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

0 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

5.000.000 Euro

zu 3.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan sei bereits in der Werkausschusssitzung am 05.12.2022 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2023

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	9.566.400 Euro
Aufwendungen	9.566.400 Euro
Gewinn/Verlust	0 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	855.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	137,52 Stellen
------------------------------------	-----------------------

2. Finanzplan 2022 bis 2026

Der Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2026

wird auf

3.750.000 Euro

festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

443.000 Euro

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

720.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

452.000 Euro

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

5.000.000 Euro

zu 4 Information Special Olympics

Herr Schlicher zeigt auf, die Special Olympics seien eine weltweite Sport-Bewegung für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung. In diesem Jahr würden die Weltspiele, vergleichbar mit den olympischen Spielen, in Berlin stattfinden. Hier würden circa 6000 bis 7000 Sportler erwartet. Im Vorfeld habe das Organisationskomitee in Deutschland eine Host-Town-Kampagne aufgerufen. Bis zu 200 Städte konnten sich bewerben, um in den Tagen vor dem Start der Spiele als Gastgeber für ein ausländisches Team zu fungieren.

Diese 3 bis 4 Tage sollten den Teams zum einen dazu dienen, sich zu akklimatisieren aber vor allem auch, um das Land und die Leute kennenzulernen. Als weiterer Effekt sollen diese Tage auch zum Austausch mit der Öffentlichkeit genutzt werden, um den Gedanken der Inklusion von Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen voran zu bringen.

Pirmasens habe sich beworben und den Zuschlag als Host-Town erhalten. Zunächst sei Pirmasens eine kleine Delegation von den Comoren zugeordnet worden. Kurz vor Weihnachten habe man allerdings die Nachricht erhalten, dass das Team zurückgezogen habe. Das Organisationskomitee Deutschland habe daraufhin eine Alternative gesucht und auch eine gefunden. Pirmasens sei daher vom 11. beziehungsweise 12. Juni bis 15. Juni Gastgeber des Fußballteams aus Uganda. Die Unterbringung solle in der Jugendherberge erfolgen. Für die Aufenthaltstage seien bereits Programmbausteine in Planung. Diese und die Anreise würden am Mittwochmorgen mit der Delegation abgestimmt. Programmbausteine seien zum einen der Besuch der Heinrich-Kimmle-Stiftung, Besuch des Dynamikums, den Austausch mit Schulen, die Erkundung der Stadt und vieles mehr.

Bereits jetzt stünde fest, dass am Abend des 13. Juni auf dem Schloßplatz eine Veranstaltung mit Fackellauf für den Einzug der Sportler und die Einbindung der Bevölkerung stattfinden werde. Am Abend des 14. Juni würde eine Gala mit Offiziellen und Vertretern des öffent-

lichen Lebens im Forum Alte Post stattfinden. Bei der Planung und Durchführung arbeite man eng mit der Heinrich-Kimmle-Stiftung, der GHG beziehungsweise ASB, dem Pakt für Pirmasens, dem IB und auch dem städtischen Jugend- und Sozialamt zusammen. Insbesondere die Heinrich-Kimmle-Stiftung unterstütze in fachlicher Hinsicht, aber auch mit Leistungen. So übernehme die Heinrich-Kimmle-Stiftung den Transport der Sportler. Am 15. Juni reise die Delegation dann nach Berlin. Das Hauptorganisationsteam seien Herr Hauser und er.

Ratsmitglied Dr. Dreifus bedankt sich für die Darstellung. Er fragt an, ob eine Zusammenarbeit mit den Schulen geplant sei.

Herr Schlicher zeigt auf, lediglich zwei Tage stünden zur Verfügung. Allerdings seien Gespräche mit den Schulen geführt worden.

Ratsmitglied Dr. Dreifus fragt weiterhin an, ob das Organisationskomitee aus Berlin Anreize für Schüler schaffe, gegebenenfalls Vergünstigungen bei den Eintrittskarten. Dadurch könnten Klassenfahrten organisiert werden.

Herr Schlicher erklärt, dies sei der Verwaltung nicht bekannt, könne allerdings nachgefragt werden.

zu 5 Vorstellung Stadtfest-Konzept

Beigeordneter Clauer zeigt auf, im Herbst 2019 sei bereits ein Stadtfest-Konzept vorgestellt worden. Nun sei dieses Konzept weiter ausgebaut worden. Ziel sei es, mehrere Altersgruppen anzusprechen und mehrere Plätze zu bespielen.

Herr Schlicher stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) das Stadtfest-Konzept vor.

Beigeordneter Clauer fügt hinzu, 100.000 € seien für das Stadtfest eingeplant worden. Ebenfalls bitte er die Stadtratsmitglieder, dass diese die Bürgerinnen und Bürger animieren dieses Fest zu besuchen. Vorweg stelle er klar, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden könne welche Bands spielen. Dies könne erst im Mai beziehungsweise Juni gesagt werden.

Ratsmitglied Hussong erklärt, vor der Corona-Pandemie sei ein runder Tisch veranstaltet worden. Außer Diskussionen sei aus dem Runden Tisch nichts entstanden und er habe keine guten Erinnerungen an diesen Runden Tisch. Allerdings sei festzuhalten, dass ein wichtiges Thema die Beteiligung der Vereine sei, denn diese stünden in Konkurrenz mit professionellen Anbietern. Da die Vereine bezüglich der Standmiete viel Geld in die Hand nehmen müssten, sollte sich die Stadt überlegen, ob man den Vereinen mit der Standmiete entgegen kommen sollte. Jedoch solle dies keine kritische Durchsicht sein, denn diese erfolge erst nach dem Festival. Denn erst nach dem Festival könne festgestellt werden, ob das Konzept funktioniere oder nicht. Er merkt an, dass das Stadtfest Zweibrücken nur eine Woche vor Pirmasens sei und dies eine Dichte der Veranstaltungen darstelle.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, jeder könne seine Meinung einbringen. Schlussendlich müsse das Festival allerdings von Profis geplant werden. Die Vereine seien angesprochen worden. Manche Vereine würden sich an zwei Tagen beteiligen, manche jedoch nur an einem Tag.

Ratsmitglied Vogel teilt mit, beim Exefest seien die Kirchen miteingebunden worden. Er fragt an, ob auch bei diesem Festival die Kirchen eingebunden werden sollen.

Herr Schlicher zeigt auf, dies solle sonntags beibehalten werden.

Ratsmitglied Hendrichs fragt an, weshalb das Einzugsgebiet an der Staatsgrenze aufhöre.

Das Einzugsgebiet ende nicht an der Staatsgrenze, erklärt Beigeordneter Clauer. Allerdings habe man für Frankreich keine Zahlen.

Ratsmitglied Kling führt aus, für die Vereine sei es wichtig zu wissen, wie die Randbestimmungen seien. Zum Beispiel müssten diese wissen, wie hoch die Standkosten seien und welches Programm geplant sei.

Beigeordneter Clauer teilt mit, mit allen Teilnehmern des Exefestes sei ein Gespräch geführt worden. Diese seien nicht kurzfristig eingeplant sondern langfristig.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, wichtig sei es, sich nicht nur auf die Teilnehmer des letzten Jahres zu begrenzen, sondern alle Vereine anzusprechen.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 6 Auftragsvergaben

zu 6.1 D 10 Erneuerung Aufzug Rathaus Exerzierplatz Vorlage: 1621/II/69/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 01.02.2023.

Er teilt mit, zum Submissionstermin lägen insgesamt 3 Angebote vor. Die Firma KONE GmbH sei mit dem Angebot von 106.167,04 € (brutto) als wirtschaftlichster Bieter ermittelt worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Es wird beabsichtigt, den Auftrag für die Erneuerung des Personenaufzugs im Rathaus Exerzierplatz nach Ablauf der einschlägigen Wartefrist an die **Firma KONE GmbH**, Vahrenwalder Straße 317, 30197 Hannover zur Auftragssumme von **106.167,04 € (brutto)** zu vergeben.

Verrechnung: Produktsachkonto: 114100.52310003 „Sanierung Rathaus Exe“

zu 6.2 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus - Los 02.4 - Erd- und Rohbauarbeiten Pausenhofüberdachung - Auftragsvergabe - Vorlage: 1623/II/65/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 09.02.2023.

Er teilt mit, fünf Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Nun solle der Auftrag an die Firma Bauunternehmen Jakob-Theisinger GmbH & Co. aus Pirmasens zum Angebotspreis von

118.207,69 € vergeben werden. Mit diesem Angebot liege man innerhalb des Kostenvoranschlags.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 02.4 Erd- und Rohbauarbeiten Pausenhofüberdachung, wird an die Firma Bauunternehmen Jakob Theisinger GmbH & Co., Beckenhofer Str. 61, 66955 Pirmasens, zum Angebotspreis von 118.207,69 € brutto vergeben.

Verrechnung: Inv.Nr. 2160000002

**zu 6.3 72 Generalsanierung Landgraf-Ludwig-Realschule plus
- Los 03.7 - Stahlbau Pausenhofüberdachung -
Auftragsvergabe -
Vorlage: 1624/II/65/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 09.02.2023.

Er fügt hinzu, sechs Bieter hätten ein Angebot abgegeben. Zwei Bieter seien allerdings ausgeschlossen worden. Der Auftrag solle an die Firma Caprano Bauunternehmung GmbH aus Pirmasens zum Angebotspreis von 226.717,82 € vergeben werden. Mit diesem Angebot liege man innerhalb des Kostenvoranschlags.

Ratsmitglied Wölfling fragt an, ob die Subunternehmer für die Stahlbauarbeiten bekannt seien.

Dies verneint Bürgermeister Maas.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 03.7 Stahlbauarbeiten Pausenhofüberdachung, wird an die Firma Caprano Bauunternehmung GmbH, Berliner Ring 89, 66955 Pirmasens, zum Angebotspreis von 226.717,72 € brutto vergeben.

Verrechnung: Inv.Nr. 2160000002

**zu 7 Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfs- und
Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens
Vorlage: 1616/III/38/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 20.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei zwei Enthaltungen einstimmig:

Beschluss der als Anlage beigefügten Satzung (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens.

zu 8 Aufhebung der Wettbürosteuersatzung
Vorlage: 1599/II/20.3/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 13.12.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Satzung über die Aufhebung der „Satzung der Stadt Pirmasens über die Erhebung einer Wettbürosteuer“ vom 28.03.2022 (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) wird zugestimmt.

zu 9 Unterrichtung des Stadtrates nach § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO)
über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern,
Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie städtischen Bediensteten
Vorlage: 0070/II/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.01.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat nimmt von der als Anlage (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) beigefügten Übersicht über die im vergangenen Jahr abgeschlossenen Verträge Kenntnis.

zu 10 Nachwahlen

zu 10.1 Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)
Vorlage: 1620/II/10.1/2023

Der Vorsitzende verliest die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 27.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Enthaltungen einstimmig:

Seitens der Stadtratsfraktion BÜNDINIS 90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger für das Ratsmitglied Annette Sheriff

Ratsmitglied Jürgen Bachert

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied in den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Anmerkung der Protokollführung: Ratsmitglied Bachert hat die Wahl angenommen.

zu 10.2 Nachwahl für den Stadtrechtsausschuss / Rechtsausschuss des Jobcenters
Vorlage: 1607/I/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Enthaltungen einstimmig:

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für Herrn Dieter Däuwel als Mitglied im Stadtrechtsausschuss / Rechtsausschuss des Jobcenters

Herr Axel Müller

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied in den Stadtrechtsausschuss bzw. den Rechtsausschuss des Jobcenters.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.3 Nachwahl für den Verkehrsausschuss
Vorlage: 1606/I/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Enthaltungen einstimmig:

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für Herrn Dieter Däuwel als persönlicher Stellvertreter von Frau Michelle Jetzschmann

Herr Axel Müller

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als persönlichen Stellvertreter von Frau Michelle Jetzschmann in den Verkehrsausschuss

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.4 Nachwahl für den Sportausschuss
Vorlage: 1605/I/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Enthaltungen einstimmig:

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für Herrn Dieter Däuwel als persönlicher Stellvertreter von Herrn Timo Völker

Herr Axel Müller

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als persönlichen Stellvertreter von Herrn Timo Völker in den Sportausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 10.5 Nachwahl für den Kulturausschuss
Vorlage: 1604/I/10.1/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.01.2023.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Enthaltungen einstimmig:

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger für Herrn Bernd Adler als Mitglied

Herr Frederic Heinrich Krämer

und als dessen Stellvertreterin

Frau Elke Ilse Huber

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen als Mitglied bzw. Stellvertreterin in den Kulturausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 11 Anfragen und Informationen

zu 11.1 Beantwortung von Anfragen

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortungen der Anfragen würden im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Welker vom 14.11.2022 bzgl. "Müllablagerungen in der Wildstraße"

Siehe Anlage 7 zur Niederschrift.

zu 11.1.2 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 14.11.2022 bzgl. "Energiekosten Bauhilfe"

Siehe Anlage 8 zur Niederschrift.

zu 11.1.3 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 14.11.2022 bzgl. "Zuwanderung von Fachkräften"

Siehe Anlage 9 zur Niederschrift.

zu 11.1.4 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 14.11.2022 bzgl. "Plakate Klimastreik"

Siehe Anlage 10 zur Niederschrift.

zu 11.1.5 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 14.11.2022 bzgl. "Verkehrsspiegel Bitscher Straße"

Siehe Anlage 11 zur Niederschrift.

zu 11.1.6 Anfrage von Ratsmitglied Deny vom 26.09.2022 bzgl. "Hundetütenspender und Abfallbehälter"

Siehe Anlage 12 zur Niederschrift.

zu 11.2 Informationen

**zu 11.2.1 Wahl des Beirates für Migration und Integration
Vorlage: 0071/III/32.1/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Informationsvorlage des Ordnungsamtes vom 10.02.2023.

Er zeigt auf, Wahltermin sei am Sonntag, den 26.03.2023. Die Wahl finde insgesamt im Wege der Briefwahl statt. Der Wahlausschuss habe am 09.02.2023 getagt und über die Zulassung des Wahlvorschlages entschieden. Da nur ein Vorschlag zur Wahl stehe, finde die Beiratswahl als Mehrheitswahl statt. Der Wahlvorschlag enthalte 14 Kandidatinnen und Kandidaten.

Ratsmitglied Faroß-Göller erklärt, in der Vergangenheit hätten bis zu vier Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit gehabt, sich im Beirat zu beteiligen. Sie bittet um Prüfung, ob dies in Zukunft wiederaufgenommen werden könne.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 11.2.2 Information Spende Erdbeben Türkei/Syrien

Der Vorsitzende erklärt, auf der Homepage der Stadt seien unter der Rubrik "Erdbeben-Hilfe" diverse Bankverbindungen von verschiedenen Hilfsorganisationen angegeben worden. Gerne könnten weitere Vorschläge von einzelnen Projekten beim Büro OB gemeldet werden. Dadurch würden diese ebenfalls auf der Homepage veröffentlicht.

Ratsmitglied Hussong fragt an, wo genau diese Rubrik auf der Homepage zu finden sei.

Frau Meenken teilt mit, diese Rubrik finde man auf der Startseite der Homepage.

zu 11.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 11.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 23.01.2023 bzgl. "Jugend und Soziales"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 13 zur Niederschrift).

zu 11.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 23.01.2023 bzgl. "Tagesstätten"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage siehe Anlage 14 zur Niederschrift).

zu 11.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 23.01.2023 bzgl. "Beitragsservice (GEZ)"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 15 zur Niederschrift).

zu 11.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Sheriff bzgl. "Schottergärten"

Ratsmitglied Sheriff verliest die Anfrage:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt o.g. Anfrage, mit der Bitte um Information in der nächsten Sitzung.

Anfrage Teil 1:

Wie viele Beratungen hat das Garten- und Friedhofsamt seit dem Ratsbeschluss vom November 2021 durchgeführt?

In wie vielen Fällen dieser Beratungen konnten die Grundstückseigentümer überzeugt werden von der Anlage eines Schottergartens abzusehen?

Gab es Anfragen zum Rückbau von Schottergärten?

Wenn ja, wie viele?

Anfrage Teil 2:

Am 15.12.2022 trat das 4. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung RLP in Kraft. Der aktuelle Wortlaut ist quasi ein Verbot von Schottergärten im privaten Bereich. Lediglich für gewerbliche Flächen gilt ein Ausnahmetatbestand, wenn Flächen für eine zulässige Nutzung benötigt werden. Siehe: Landtag/Drucksache /4351-18.

Wie überwacht die Verwaltung in Pirmasens die Neufassung der Landesbauordnung § 10 Abs.4?

Wie werden Verstöße geahndet?"

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 11.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Weiß bzgl. "Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr"

Ratsmitglied Weiß teilt mit, die Gewerbetreibenden aus der Fußgängerzone hätten durch die Presse erfahren, dass die Fußgängerzone für den Radverkehr freigegeben werden solle. Deshalb stelle sich die Frage, ob die Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr noch in einer Stadtratssitzung beschlossen beziehungsweise diskutiert würde.

Der Vorsitzende zeigt auf, in der Stadtratssitzung im April solle über dieses Thema beraten beziehungsweise beschlossen werden.

zu 11.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Stegner bzgl. "Sitzungsteilnahme der Beiräte"

Ratsmitglied Stegner bitte um Vorstellung des neuen Beirats für Migration und Integration in einer Stadtratssitzung nach Wahl. Er schlägt vor, dass zukünftig ein Bericht über die Arbeit des Beirates 1- bis 2-mal im Jahr erfolgen solle.

Der Vorsitzende erklärt mit allen Beiräten sei abgesprochen worden, dass zukünftig regelmäßige Berichte im Stadtrat erfolgen sollen.

zu 11.3.7 Anfrage von Ratsmitglied Croissant bzgl. "Mülleimer in der Buchweiler Straße / Strobelallee"

Ratsmitglied Croissant teilt mit, im Bereich des Kriegerdenkmals (Buchweiler Straße /Strobelallee) an der dortigen Sitzgruppe sei kein Mülleimer vorhanden.

Er bittet um Aufstellung eines zusätzlichen Mülleimers.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung und Abhilfe zu.

zu 11.3.8 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Konkretisierung der Stellungnahme Kitas"

Ratsmitglied Welker führt aus, in der Stadtratssitzung am 26.09.2022 habe er die Anfrage bezüglich Kitas gestellt.

In der Stellungnahme hierzu, sei das Wort zeitnah bei den Punkten 4 und 9 genutzt worden. Er bittet um Konkretisierung beziehungsweise Nennung eines Zeitraumes. Ebenfalls bezieht sich die Stellungnahme in Punkt 9 auf eine Warteliste, auch hier bittet Ratsmitglied Welker um eine Konkretisierung des Umfangs.

Der Vorsitzende sagt die Konkretisierung zu.

zu 11.3.9 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Vorkehrungen in den Kitas aufgrund des angekündigten Warnstreiks"

Ratsmitglied Welker fragt an, ob für den morgigen angekündigten Streik Vorkehrungen in den Kindertagesstätten vorgenommen worden seien.

Der Vorsitzende verliest die Pressemitteilung:

“Da alle Beschäftigten zum Streik aufgerufen sind, können bis zu 973 Personen am Streik teilnehmen. Eine Prognose, wie viele Personen tatsächlich dem Streikaufruf folgen werden, ist nicht seriös machbar. Am Beispiel des Streiks im Jahr 2020 haben von 848 streikberechtigten Personen an einem Streiktag 101 und am vorhergehenden Streiktag 19 Personen teilgenommen.

Nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren ist davon auszugehen, dass auch Kitas bestreikt werden, was dazu führen kann, dass – einzelne Einrichtungen geschlossen werden. Momentan sieht es so aus, dass in allen städt. Einrichtungen gestreikt wird. Einzelne Erzieherinnen werden wohl vor Ort sein, genaue Angaben können wir aber nicht machen. Die Leitungen haben jedoch im Vorfeld die Eltern über den Streik und eine evtl. Schließung der Einrichtung informiert.

Welche Auswirkungen der Streik auf den Betrieb der Verwaltung haben könnte, ist schwer abzuschätzen. Erfahrungsgemäß ist die Streikbereitschaft zu Beginn einer Tarifrunde tendenziell geringer als gegen Ende. Sollte eine große Zahl Beschäftigter die Arbeit niederlegen, kann es natürlich zu Behinderungen im Bürgerkontakt, der Sachbearbeitung und auch zu Schließungen einzelner Bereiche führen. Gleiches würde eintreten, wenn viele oder alle Beschäftigten eines bestimmten Bereichs die Arbeit niederlegen würden.

Welche Folgen die Arbeitsniederlegungen haben, hängt davon ab, welcher Teil der Verwaltung in welchem Umfang bestreikt wird. Da es sich um einen eintägigen Warnstreik handelt, dürften sich die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger insgesamt im Rahmen halten.“

zu 11.3.10 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Fenster und Jungentoilette in der Käthe-Dassler-Realschule plus"

Ratsmitglied Hendrichs erklärt, in der Käthe-Dassler-Realschule plus würden manche Fenster nicht mehr schließen. Außerdem seien die Jungentoiletten in einem sehr schlechten Zustand.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 11.3.11 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Parkplatz an der Kreuzung Lemberger Straße und Beckenhofer Straße"

Ratsmitglied Hendrichs teilt mit, der Parkplatz an der Kreuzung der Lemberger Straße und Beckenhofer Straße sei in einem sehr schlechten Zustand. Unklar sei jedoch, ob dieser Parkplatz in städtischem Eigentum sei.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.40 Uhr.

Pirmasens, den 23. März 2023

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung